

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Finanzwesen

Mit Kennzahlen besser steuern



E-Government

- **Studie:**

In Kommunen gibt es vier Digitalisierungstypen

Titel

- **Controlling:**

Finanz- und Leistungsdaten bilden die Basis

Informationstechnik

- **Output Management:**

Veraltete Drucker behindern die Digitalisierung

Praxis

- **Heidelberg:**

Bearbeitung von Rechnungen mit x.collector optimiert



Spezial

- **Breitband:**

Mit gezielter Förderpolitik den Ausbau beschleunigen

A background image showing a man and a woman in a professional office setting. The man is on the left, looking towards the woman on the right. The woman is smiling and looking at a laptop. There are decorative white lines and dots overlaid on the image, suggesting a network or digital theme.

Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zur Digitalisierung.

Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung. Wir planen und realisieren intelligente Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände. Wir machen aus Digitalisierung Bürgernähe und intelligente Verbindungen, die die Verwaltungsarbeit beschleunigen. Durch unsere einzigartige Bündelung von Leistungen und Services sorgen wir vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Weitere Informationen unter: www.ekom21.de

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bedächtigen, die Optimierer, die Serviceorientierten und die Community Manager – finden Sie sich in diesen Kategorien wieder? Laut einer Befragung von KGSt und ÖFIT gibt es in Kommunen diese vier Digitalisierungstypen. Die Modernisierung der Verwaltung ist erfolgreich, wenn die Stärken eines jeden genutzt werden. Wie sich die vier Typen unterscheiden, lesen Sie auf Seite 8.



Die vier Typen bilden ein schlagkräftiges Digitalisierungsteam. Ein solches ist in Neuenhaus, Bergheim und Grevenbroich aktiv. Diese Kommunen waren beim Innovationspreis von Axians Infoma erfolgreich. Im zweiten Teil unseres Round-Table-Gesprächs berichten sie über ihre weiteren Pläne (Seite 12). Das Projekt des Gewinners stellen wir auf Seite 20 vor. Die Samtgemeinde Neuenhaus startete bereits 2016 mit einem umfassenden Digitalisierungsprojekt. Das Team um Bürgermeister Günter Oldekamp hat nun die berechtigte Anerkennung erfahren.

Der Markt für kommunale Software ist in Bewegung geraten. Der norddeutsche IT-Dienstleister Dataport hat sein kommunales Engagement in einer eigenen Marke gebündelt. Welche Ziele dataport.kommunal verfolgt, erläutert Ingmar Soll im Interview (Seite 28). Außerdem hat das Erfurter Software-Haus PDV das Unternehmen CC e-gov übernommen. Die Hintergründe erfahren Sie auf Seite 24. Dies zeigt: Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung eröffnet attraktive Geschäftsmöglichkeiten. Denn ein fünfter Digitalisierungstyp hat seit der Corona-Krise hoffentlich ausgespielt: der Bremser.

Ihr

Alexander Schaeff



ALLRIS

Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !

- **Sitzungsdienst**
- **Sitzungsgeld**
- **Ratsinformationssystem**
- **Fraktionsarbeit**
- **Bürgerbeteiligung**



E-Government

Digitalisierung:
Umsetzung ist eine Typfrage 8

Smart City:
Reallabor nimmt kommunale
Partner in den Blick 10

Round Table: Wie innovative
Kommunen Herausforderungen
stemmen 12

Titel

Finanzwesen: Die Vorteile
von Kennzahlen nutzen 16

Hellweg-Lippe: Kreishandwerker-
schaft stellt auf Doppik um 18

Neuenhaus:
Digitalisierungsprojekt wird
ausgezeichnet 20

Langenfeld / Mettmann:
Elektronischer Kontoauszug
spart Zeit 22

Informationstechnik

Interview: CC e-gov Geschäfts-
führer Kurt Hühnerfuß und PDV-
Chef Dirk Nerling erläutern, wa-
rum sich E-Government-Potenziale
gemeinsam noch besser heben
lassen 24

Gesundheitswesen:

Fraunhofer-Software unterstützt
beim Erfassen von Infektions-
ketten 26

Interview: Ingmar Soll stellt
das Servicespektrum der Marke
dataport.kommunal vor 28

Output Management:
Multifunktionssysteme als
Bindeglied zu digitalen
Lösungen 30

Managed Print Services:
Effizientes und flexibles Arbeiten
ermöglichen 32

Homeoffice: Per Print as a Service
Behördenpost verschicken 34

Branchen-News:
Deutsche Glasfaser, Sternberg,
PROSOZ Herten 35

Fachverfahren: Digitales
Fall-Management im Kölner
Jugendamt 36

Praxis

Heidelberg: E-Rechnung reduziert
Verwaltungsaufwand 38

Köln: Geobasierte Grund-
stücksinformationen per
Knopfdruck 40

Spezial

Breitband: Wie sich der
Glasfaserausbau beschleunigen
lässt 42

Hessen:
Mobiles Internet für alle 44

Neckar-Odenwald-Kreis:
Privatwirtschaftlicher Ausbau
im ländlichen Raum 46

Lösungen: Tool visualisiert die
Planung von Ausbauprojekten ... 48

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 50
Vorschau, Impressum 58



Einsatz wird belohnt

Visualisierte Kennzahlen im Controlling, ein nachhaltigeres Wirtschaften mithilfe der Doppik oder mehr Automatisierung dank künstlicher Intelligenz – digitale Lösungen optimieren die Abläufe im Finanzwesen. Welche Strahlkraft das haben kann, zeigt sich in der Samtgemeinde Neuenhaus.

ab Seite 16

DAS KOMMUNALE CMS

iKISS

Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen und fit für die Umsetzung des OZG

Responsive Webdesign

BITV-konform, ganz individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren kommunalen Internetauftritt

Jetzt neu!
Online-Terminvereinbarung
für Ihre Website



advantic.de/k21

iKISS



Landkreis Oberhavel



twitter.com/k21news

Leverkusen: Neue IT für die Führerscheinstelle
Auf ein neues IT-Verfahren wird die Führerscheinstelle in Leverkusen umgerüstet. Ab Mitte April können dann viele Abläufe digital abgewickelt werden.
• www.leverkusen.de

Sachsen: Online-Bürgerportal gegen Hass
Im Kampf gegen Hasskriminalität geht Sachsen einen weiteren Schritt: Über ein Online-Portal können Bürger Hasskommentare zur Anzeige bringen.
• www.polizei.sachsen.de/onlinewache

Oldenburg: Abfallwirtschaftsbetrieb läuft digital
Der Abfallwirtschaftsbetrieb Oldenburg setzt auf Infoma newsystem. Zum Einsatz kommt auch eine App für die Leistungsdatenerfassung.
• www.oldenburg.de

Bitkom: Nationale Bildungsplattform gefordert
Der Digitalverband Bitkom fordert den zügigen Aufbau einer nationalen Bildungsplattform. Fernunterricht könnte so zuverlässiger stattfinden.
• www.bitkom.org

Thüringen

Modellkommunen gesucht

Wie die in den Digitallaboren zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) entwickelten Verwaltungsleistungen in den Betrieb der Kommunen integriert werden können, will jetzt Thüringen untersuchen. Das Thüringer Finanzministerium teilt mit, dass der Freistaat im Auftrag des Bundes Lösungen für diese Frage erarbeiten soll. Landes-CIO Hartmut Schubert hat sich deshalb nun an Landräte, Bürgermeister und andere kommunale Verantwortungsträger gewandt, um Pilotverwaltungen für Projekte im Rahmen der OZG-Umsetzung zu gewinnen. Die Aufgabe der mitwirkenden kommunalen Verwaltungsträger bestehe darin, kommunal-spezifische Expertise und Wissen zu einer von sechs vorgegebenen Verwaltungsleistungen beizusteuern. Die entsprechenden Projekte sollen vom Land und vom Bund personell und finanziell intensiv unterstützt werden. Die Mittel dazu stammen aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung.

www.thueringen.de

service-bw

Halbe Million Konten

Einen Meilenstein hat jetzt die E-Government-Plattform service-bw erreicht. Wie das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg mitteilt, haben mehr als 500.000 Bürger ein Servicekonto dort angelegt. Damit können sie über die Plattform diverse Online-Verwaltungsleistungen des Landes sowie der Kommunen in Anspruch nehmen. Angemeldeten Nutzern steht außerdem ein integriertes Postfach zur Verfügung, sodass sie mit den Behörden kommunizieren können. Dokumente lassen sich in einem Dokumenten-Safe verschlüsselt ablegen und verwalten. Zudem ist es möglich, sich über das Servicekonto online auszuweisen. Genutzt werden kann service-bw geräteunabhängig als Web-App oder via Internet.

www.service-bw.de

Flensburg

E-Payment ausgeweitet

Um den Service für die Bürger zu verbessern, hat die Stadt Flensburg in Schleswig-Holstein ein elektronisches Zahlungssystem für Online-Verfahren eingeführt. Mit dessen Implementierung können Online-Anträge laut der Kommune nun vollständig digital durchgeführt und bezahlt werden. E-Payment komme für Services infrage, deren Gebührenhöhe bereits im Vorfeld feststeht und in denen die Verwaltungsleistung üblicherweise erst nach der Zahlung erbracht wird. Zur Zahlung bietet die Stadt Flensburg die gängigen Methoden an: PayPal, Kreditkartenzahlung über Visa oder Mastercard, giro-pay und SEPA Lastschrift. Nach Zahlung werde dem Nutzer der Online-Leistung auf der städtischen Bezahlsseite eine Bestätigung angezeigt.

www.flensburg.de

OZG-Umsetzung

Sicht der Kommunen

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat ein Papier zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) aus kommunaler Perspektive vorgelegt. Es soll im Kommunalgremium des IT-Planungsrats als Diskussionsgrundlage dienen. Das Prinzip Einer für Alle (EfA), wonach einmal entwickelte Online-Dienste von anderen Ländern nachgenutzt werden sollen, wird von der KGSt grundsätzlich unterstützt. Allerdings sei das EfA-Prinzip zu stark aus Sicht des Bundes und der Länder gedacht und fördere die Nutzerorientierung wenig. Problematisch sei beispielsweise die Anbindung

der neu entwickelten EfA-Online-Services an bereits bestehende kommunale Fachverfahren und E-Government-Portaltechnologien. Der von der FITKO bereitgestellte FIT-Store soll dazu dienen, bereits umgesetzte digitale Verwaltungslösungen für die Nachnutzung anzubieten – ähnlich wie ein App-Store. Nach Einschätzung der KGSt ist dieser für Kommunen jedoch nicht unmittelbar nutzbar. Um Synergien zu schaffen sowie die fachliche Steuerung und Umsetzung in den Kommunen zu beschleunigen, sollten die Geschäftsmodelle und Regularien, wie die Länder Online-Dienste an ihre Kommunen weitergeben, einheitlich sein, fordert die KGSt.

www.kgst.de



Jan Pörksen ist Vorsitzender des IT-Planungsrats.

IT-Planungsrat

Hamburg hat Vorsitz inne

Jährlich wechselt der Vorsitz des IT-Planungsrats (IT-PLR) zwischen Bund und Ländern. Im Jahr 2021 hat ihn die Freie und Hansestadt Hamburg übernommen. Vertreten wird Hamburg durch Staatsrat Jan Pörksen, Chef der Senatskanzlei. Schwerpunkt des Hamburger Vorsitzes sind laut IT-PLR die Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) mit dem Modell Einer für Alle sowie die Neudefinition der Rolle der öffentlichen Verwaltung als Nutzerin, Bereitstellerin und Auftraggeberin von digitalen Technologien.

www.it-planungsrat.de

Rheingau-Taunus-Kreis

Digitaler Führerscheinantrag

Im hessischen Rheingau-Taunus-Kreis können Führerscheinanwärter ihre Fahrerlaubnis künftig online beantragen. Das berichtet das hessische Wirtschaftsministerium. Der digitale Führerscheinantrag ist eine von vielen Leistungen, die im Sinne des Onlinezugangsgesetzes (OZG) digitalisiert werden sollen. Hessen hat bundesweit die Federführung für dieses OZG-Themenfeld übernommen.

www.rheingau-taunus.de

Bramsche

Pahlmann plaudert

Heiner Pahlmann, Bürgermeister im niedersächsischen Bramsche, wendet sich jetzt per Video an die Bevölkerung. Mit dem neuen Format „Pahlmann plaudert“ möchte das Stadtoberhaupt die Bramscher regelmäßig über Geschehnisse im Rathaus und ihrer Kommune informieren. „Ich möchte mein Amt so transparent wie möglich gestalten“, erklärt dazu Bürgermeister Pahlmann.

www.bramsche.de

Nordrhein-Westfalen

Tablets für Schüler

Allianzen im Einkauf sind in wirtschaftlicher, strategischer und qualitativer Hinsicht sinnvoll – und bewähren sich ganz besonders in Zeiten der Krise. Das berichtet KoPart, die landesweite Einkaufsgenossenschaft des Städte- und Gemeindebunds NRW, die im Herbst 2020 die Schulen in Nordrhein-Westfalen unterstützt hat. Denn Bund und Land hatten laut KoPart zwar erhebliche Fördermittel für die digitale Sofortausstattung der Schulen bereitgestellt, die eigentliche Herausforderung habe jedoch in der Steuerung der Endgeräte an die Bedarfsträger zu Hause bestanden. Aufgrund der Erfahrungen im Umgang mit der Digitalisierung in Einkauf und Vergabe sei es der Einkaufsgenossenschaft möglich gewesen, effizient europaweit mobile Endgeräte für Schüler und Lehrkräfte auszuschreiben und über das Einkaufsportale des baden-württembergischen Anbieters TEK-Service NRW-weit zum Abruf bereitzustellen. Das Ergebnis sowie das Interesse der Mitglieder habe die Erwartungen der KoPart übertraffen.

www.kopart.de

Baden-Württemberg

COREY ist Erfolgsmodell

Eine positive Zwischenbilanz ihres Serviceangebots COREY hat die baden-württembergische Landesregierung gezogen: Der Corona-Chatbot habe seit April 2020 rund 1,7 Millionen Fragen von mehr als einer Million Nutzern beantwortet. „COREY ist ein absolutes Erfolgsmodell“, sagt der stellvertretende Ministerpräsident sowie Innen- und Digitalisierungsminister Thomas Strobl. „Zu Beginn der Pandemie haben wir uns kurzfristig entschieden, mit COREY ein neues digitales Informationsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, rund um das Virus und die Corona-Verordnungen. Es war ein Test – und der Test ist erfolgreich.“ Insbesondere seit Herbst vergangenen Jahres hat der Chatbot laut dem baden-württembergischen Innenministerium einen starken Nutzerzuwachs verzeichnet. Allein im Dezember hätten sich rund 270.000 Personen mit ihren Fragen an COREY gewandt. Beim Chatbot handelt es sich um eine Variante des umfassenderen digitalen Auskunftsystems ORTEA, das auf Basis des Landesförderprogramms „Future Communities“ vom kommunalen IT-Dienstleister Komm.ONE gemeinsam mit dem Ortenaukreis entwickelt wurde.

<https://im.baden-wuerttemberg.de>



Chatbot COREY beantwortet Fragen.

Vier Typen

Anika Krellmann / Marc Groß

Ist es eine Typfrage, wie Kommunen mit der Digitalisierung umgehen? Eine Studie von ÖFIT und KGSt legt dies nahe. Darin werden vier Typen unterschieden. Idealerweise bilden sie mit ihren jeweiligen Stärken ein Digitalisierungsteam.

Die Digitalisierung verändert die Verwaltungsarbeit und das Leben in den Kommunen. Neue Technologien ermöglichen nicht nur eine effizientere Gestaltung der Verwaltungsprozesse und neue nutzerzentrierte Services. Sie verändern auch das Zusammenleben und -wirken mit der örtlichen Gemeinschaft. Das Feld Digitalisierung ist dabei groß: Es gibt keine Blaupause dafür, wie Digitalisierung wirksam genutzt werden kann.



Je nach Typ gehen Kommunen die Digitalisierung an.

Ist es eine Typfrage, wie Kommunen mit der Digitalisierung umgehen? Das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) und die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) haben die Befragungsergebnisse von gut 400 Kommunen ausgewertet und Cluster identifiziert, die darauf eine Antwort geben. Laut Studie können vier Typen von Kommunen unterschieden werden:

- Die Bedächtigen, die einen Fokus auf die Umsetzung rechtlicher Vorgaben und die Gewinnung von Fördermitteln legen.
- Die Optimierer, die vor allem die Effizienz und Effektivität der Verwaltungsleistungen und -prozesse im Blick haben.
- Die Serviceorientierten, die die Attraktivität der Kommune und die Bürgernähe stärken.

- Die Community Manager, die insbesondere die kommunale Daseinsvorsorge in der örtlichen Gemeinschaft fördern.

Zusammen bilden sie das Digitalisierungsteam. Denn nur wenn die Stärken eines jeden genutzt werden und sie voneinander lernen, erreichen Kommunen eine wirksame Digitalisierung für ihre örtliche Gemeinschaft.

Die Digitalisierung macht nicht an organisatorischen Grenzen Halt, sondern betrifft sämtliche kommunale Handlungsfelder und alle Lebensbereiche der Bürger. Dementsprechend liegt ihre Umsetzung in fachbereichsübergreifender Verantwortung. Jeder Teil der Verwaltung muss einen Beitrag dafür leisten, dass Lebens-, Arbeits- und

Standortqualität mithilfe der Digitalisierung verbessert werden. Dabei hängen solche Projekte häufig eng zusammen oder sind voneinander abhängig. Fachbereichsübergreifende Zusammenhänge ergeben sich sowohl bei Digitalisierungsvorhaben mit Blick auf die örtliche Gemeinschaft (Smart City/Smart Region) als auch im Kontext der Verwaltungsdigitalisierung. Immer mehr Kommunen schaffen daher eigene Rollen, die in einer übergreifenden, koordinierenden Verantwortung zur Umsetzung der Digitalisierung stehen. Diese werden häufig als Chief Digital Officer (CDO) oder Digitalisierungsverantwortliche bezeichnet.

Die vier Typen von Kommunen, welche die Studie identifiziert hat, eint, dass sie bei der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung häufig

die Fachbereiche Organisation und IT in der Federführung sehen. Die Optimierer geben darüber hinaus noch am ehesten an, auch einen CDO in die Verantwortung zu nehmen. In Bezug auf die Verwaltungsdigitalisierung hat der CDO aber eine große Distanz zu IT und Organisation aufzuholen. IT und Organisation werden zudem bei der Digitalisierung in der örtlichen Gemeinschaft (Smart City/Smart Region) vorrangig in der Verantwortung gesehen, wenn auch nicht ganz so deutlich wie bei der Verwaltungsdigitalisierung. Ausnahme sind hier die Community Manager, die nach der IT die Hauptverwaltungsbeamten und den CDO benennen. Die Studie zeigt, dass Rollenbilder wie das eines CDO zwar etabliert, aber häufig noch diffus und unklar sind. Digitalisierung steckt allzu oft noch in den Silos der Verwaltung, sodass der übergreifende, koordinierende Blick auf die Digitalisierung in der Kommune fehlt. Alle vier Typen haben hier Handlungsbedarf.

Daten sind die zentrale Infrastruktur für eine erfolgreiche Digitalisierung, denn sie sind ein zentraler Bestandteil der rund 3.000 Prozesse einer Kommunalverwaltung. Sie zeigen aber nur dann Wirkung, wenn sie zielgerichtet und systematisch genutzt werden. Die Studie zeigt, dass nur wenige Kommunen in diesem Sinne mit ihren Daten umgehen. Diejenigen, die es tun, schätzen ihre Innovationsfreude bei der Gestaltung von Prozessen allerdings höher ein.

Daten und die Gestaltung von Prozessen sind eng miteinander verbunden. Das zeigt auch der Blick auf die vier Kommumentypen: Die Optimierer betreiben am

intensivsten eine systematische Bestandsaufnahme ihrer Daten. Sie nutzen diese Daten besonders häufig, um den Personaleinsatz zu steuern. Das verbindet sie mit den Serviceorientierten. Diese verwenden Daten darüber hinaus oftmals zur Prozessoptimierung. Die Bedächtigen geben am häufigsten an, Daten nicht systematisch zu nutzen. In den anderen drei Gruppen lassen sich bereits Kommunen finden, die Daten darüber hinaus auch zur Automatisierung nutzen. Digitalisierung bedeutet Veränderung und setzt kontinuierliches Lernen voraus. Die Mitarbeiter müssen bei diesem Wandel konsequent beteiligt und unterstützt werden. Zum anderen hat die digitalisierte Arbeitswelt Auswirkungen auf die erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten: Neue Kompetenzen kommen hinzu, bestehende gewinnen an Bedeutung oder wandeln sich im Zuge der Digitalisierung. Insbesondere der Umgang mit Technologien und die damit verbundene IT- und Medienkompetenz sind mittlerweile in nahezu allen Bereichen der Verwaltung gefragt. Es gilt also, die Personalentwicklung auf die Digitalisierung einzustellen und neue oder ergänzende Angebote zu schaffen, welche sich an unterschiedliche Zielgruppen innerhalb der Verwaltung richten.

In der Qualifizierung der Mitarbeiter ergeben sich Unterschiede je nach Kommumentyp. Generell bieten die Optimierer das größte und vielfältigste Angebot an Fortbildungen mit Digitalisierungsbezug. Neben Angeboten zu Fachverfahren und zur digitalen Arbeitsorganisation zählen dazu auch Fortbildungen zu technologischen Trends, digitalen Arbeitsweisen und Methoden sowie

Führung im digitalen Zeitalter. Im direkten Vergleich legen die Community Manager, in deren Fortbildungsangebot die Digitalisierung eine ähnlich große Rolle spielt, und die Serviceorientierten einen Schwerpunkt auf Arbeitsweisen und Methoden sowie auf die Rolle der Führungskräfte. Die Bedächtigen bieten nach den Optimierern am häufigsten Fortbildungen zu Fachverfahren und Anwendungen an, weniger jedoch zu anderen Digitalisierungsthemen. Der Erfolg sämtlicher Digitalisierungsaktivitäten wird auch davon abhängen, wie sehr die Kommumentypen ihre Qualifizierungsangebote darauf abstellen. Dass sämtliche Projekte mit entsprechenden Schulungsmaßnahmen verknüpft werden, ist daher ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

Die Studie von ÖFIT und KGSt zeigt, wie unterschiedlich die Digitalisierung aktuell in Deutschland angegangen wird und liefert gleichzeitig Inspirationen, um eigene Prozesse und Denkweisen zu hinterfragen. Dabei betrachtet sie systematisch die Bereiche Strategische Ausrichtung und Steuerung, Verwaltungsdigitalisierung und Beteiligung sowie Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeinschaft.

Anika Krellmann ist Referentin, Marc Groß Programmbereichsleiter Organisations- und Informationsmanagement bei der KGSt.

Link-Tipp

Die Studie von ÖFIT und KGSt kann heruntergeladen werden unter:

- www.oeffentliche-it.de/publikationen

Reallabor für Südbaden

Robin Grey

Smart ist die Zukunft – das gilt nicht nur für Großstädte, sondern auch für kleinere Gemeinden. Ein Testlabor in Südbaden soll nun zeigen, dass Energieversorgungsunternehmen die optimalen Partner der Kommunen bei ihrem Wandel hin zur Smart City sind.

Das Internet der Dinge eröffnet Städten und Gemeinden viele Möglichkeiten, um die Funktionalität des kommunalen Raums zu verbessern. Anwendungsfälle zuhauf bietet die klassische Daseinsvorsorge, aber auch im ÖPNV, im Bürgerservice, in der Kommunikation oder dem Umwelt- und Klimaschutz kann das Internet of Things (IoT) einen mess- und erlebbaren Nutzen stiften. Um letztlich zur smarten Kommune zu werden, braucht es im Vorfeld planvolle Pilotprojekte: Anwendungen müssen im Echtbetrieb auf ihren Nutzen abgeklopft und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit untersucht werden. So ist auch das Setting zu verstehen, welches das Unternehmen bnNETZE, eine Tochtergesellschaft der badenova AG für Netzbetrieb und Infrastruktur, mit dem Stadtwerkeverbund Thüga im gemeinsamen Reallabor für Südbaden konzipiert hat. Unter anderem erprobt bnNETZE in diesem Rahmen in fünf unterschiedlichen Kommunen Smart-City-Anwendungen, die das Unternehmen als Geschäftsmodell etablieren will.

Großstädte sind in Südbaden nicht die Regel und auch im Thüga-Verbund sind mehrheitlich ländliche, kleinteilige Strukturen anzutreffen. Deshalb kann hier

eher vom Smart Village als von der Smart City gesprochen werden. Neben der Großstadt Freiburg sind mit den Städten Lahr und Breisach sowie den Gemeinden Kirchzarten und Gundelfingen solche Kommunen Teil des Reallabors, die eine hohe Umsetzungsbereitschaft einbringen und das Spektrum des Thüga-Verbunds sehr gut widerspiegeln. Zum Teil planen oder erproben sie mit badenova ohnehin bereits intelligente Anwendungen in den Bereichen Mobilität, Gebäude, Umweltschutz und Technische Betriebe. Beispielsweise sollen in Lahr stets die aktuelle Belegung eines Wohnmobil-Stellplatzes sowie perspektivisch auch die Besucher eines Schwimmbads erfasst werden.

Hinter all diesen Vorhaben steckt ein konkreter Nutzen: Kosten sparen, Personal entlasten, die Effizienz steigern oder den CO₂-Ausstoß reduzieren. Ganz allgemein geht es außerdem darum, die Lebensqualität zu verbessern. Hierfür IoT-Technologien einzusetzen, ist Ziel und Aufgabenstellung des Smart-City-Reallabors. Die badenova Tochter bnNETZE hat schon etliche auf der LoRaWAN-Technologie (Long Range Wide Area Network) basie-



Lahr: Auf dem Weg zur smarten Kommune.

rende IoT-Funknetze in der Region aufgebaut. Aber auch andere IoT-Standards, beispielsweise sigfox, kommen zum Einsatz.

Im Reallabor werden mit den Kommunen Anwendungsbereiche priorisiert und der Fokus auf diejenigen gelegt, die den meisten Skalierungserfolg versprechen. Als konkrete Beispiele seien die Überwachung von Innenstadt-, P&R- sowie Besucherparkplätzen, die Verkehrszählung im öffentlichen Bereich, die On-Demand-Steuerung von Bürgerbussen, die Überwachung von Objekten, das Energie-Management, die Überwachung der Luft- und Bodenqualität, Tracking, Füllstände und Verfahren zur Instandhaltung sowie die Überwachung von Gewässern genannt. Ganz formal soll der Testbetrieb Anfang 2021 starten. Er ist für mindestens 18 Monate angesetzt. Der

geplante Probelauf wird wesentliche Erkenntnisse für den Wandel zur Smart City – oder eben zur Smart Region – liefern. Sie stehen in Folge allen Thüga-Partnerunternehmen zur Verfügung.

Die Projektpartner wollen aufzeigen, dass Städte und Gemeinden für diese datenlastigen Themen einen vertrauenswürdigen Partner benötigen. Dieser sollte idealerweise nicht in einem (ausländischen) Großkonzern und in der weltweiten Daten-Cloud unterwegs sein, sondern in der Region – mit Ansprechpartnern, die man kennt und die jederzeit greifbar sind. Eng mit all ihren Smart-City-Aktivitäten verbunden zu sein, ist für badenova eine klare digitale Wertorientierung. Die Kommunen haben eine besondere Sorgfaltspflicht gegenüber den Bürgern, der auch in besonderer Weise Rechnung getragen werden muss. Grundsätzlich befürwortet badenova eine ausgeprägte Open-Data-Kultur, die die Nutzung frei verfügbarer Daten barrierefrei gestaltet und in Teilen gegenüber dem Bürger entkommer-

zialisiert. Damit zusammen hängt der Anspruch auf Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit: Die Nutzung kommunaler Daten darf keine Preisbarriere aufstellen, die unterprivilegierte Gruppen der Gesellschaft ausschließt. Wichtig ist deshalb vor allem die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Kommune. Die Umsetzung von IoT-Projekten mit kommunalen Unternehmen erweist sich speziell in diesem Kontext als der beste Weg.

badenova befindet sich als regionaler Energiedienstleister komplett in kommunaler Hand. Das historisch gewachsene Kerngeschäft in der Region Baden im Südwesten Deutschlands dreht sich um Strom, Erdgas, Wasser und Wärme. Mit ihrer Tochter badenIT betreibt badenova außerdem leistungsfähige regionale Rechenzentren, engagiert sich für den Ausbau von Glasfasernetzen und schafft an vielen Fronten die Voraussetzungen für die digitale Stadt. Durch den flächendeckenden Betrieb einer eigenen Netzinfrastruktur wird badenova

und ihrer Netztochter bnNETZE zudem ein hohes Vertrauen in die technische Kompetenz sowie in den verlässlich geschützten Umgang mit Kundendaten entgegengebracht. Als kommunale Unternehmen können sie die Verantwortung gegenüber den Bürgern bei den Themen Sicherheit, Datenschutz, lokale Wertschöpfung und lokale Community bestmöglich einhalten. Denn vor allem in hochsensiblen Anwendungsfeldern – Gesundheitswesen, Pflege, Alarm- und Notfallsysteme – darf es keine Wirtschaftlichkeitsmaxime zulasten der Funktionalität und Zuverlässigkeit geben. Geschlossene Systeme von Großkonzernen, die vom Sensor über den Transport und die Datenanalyse bis hin zur Web-Oberfläche alles aus einer Hand anbieten, haben in diesem Konzept nur bedingt ihren Platz, da sie der Kommune den Eingriff in die Prozesse verbieten und ihr die Datenhoheit aus der Hand nehmen.

Robin Grey ist Geschäftsführer der bnNETZE GmbH, Freiburg.

Anzeige

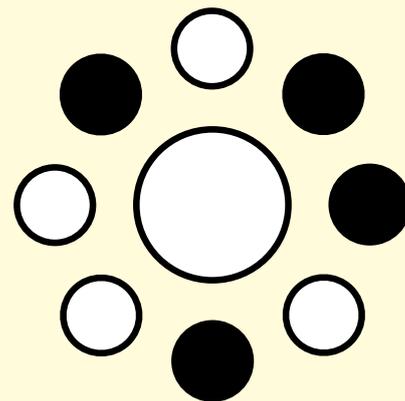


OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

In diesem Bild versteckt: 785.000 Akten.

Ganz egal wo Sie arbeiten – mit enaio® haben Sie Ihre Akten jederzeit griffbereit. Erfassen neuer Dokumente und Start digitaler Workflows? Über das Web und Ihre mobilen Endgeräte erhalten Sie Zugriff auf Ihren digitalen Arbeitsplatz. Natürlich sicher dank Verschlüsselung und zentraler Zugriffsrechte. [Digitalisierung. Wir machen das schon.](#)

Gesunde Mischung



Mit einem Innovationspreis zeichnet Axians Infoma Kommunen aus, die beispielgebende Digitalisierungsprojekte umsetzen. Teil 2 des Kommune21-Round-Table-Gesprächs mit den Initiatoren und Preisträgern 2020.

Sie waren mit Ihren Projekten beim Innovationspreis 2020 von Axians Infoma erfolgreich. Ziehen die ausgezeichneten Projekte weitere Planungen hinsichtlich der Umsetzung eines Smart Governments im Sinne eines intelligent vernetzten Verwaltungshandelns nach sich? Welche weiteren Modernisierungsvorhaben haben Sie in der Pipeline?

Bürgermeister Günter Oldekamp (Neuenhaus): Man sagt ja immer, Stillstand ist Rückschritt. Aber um vorwärts zu gehen, muss man klare Ziele vor Augen haben. Ich habe festgestellt, dass wir schon eine ganze Menge erreicht haben. Jetzt müssen wir aus den Erfahrungen des Lockdowns lernen. Wir als kleine Verwaltung sollten schnell handlungsfähig sein, zum Beispiel wenn

es um das Thema Homeoffice geht. Zudem ist der weitere Ausbau unseres Bürgerportals OpenR@thaus geplant, damit dessen Nutzen für die Bürger noch deutlicher wird und wir dadurch eine hohe Zulaufquote bekommen.

Michael Wübben (Neuenhaus): In unserer Arbeitsgruppe haben wir uns als nächsten Schwerpunkt den Ausbau der Dienstleistungen im Bürgerportal gesetzt. Außerdem planen wir den digitalen Posteingang. Wir haben zwar ein sehr gutes Dokumenten-Management-System im Haus, aber der Posteingang und die weitere Bearbeitung der Post ist noch nicht vollständig digitalisiert. Es wird jedoch Zeit brauchen, um das umzusetzen. Deshalb möchten

wir die Mitarbeiter erst informieren und Vertrauen schaffen. Gleichzeitig müssen wir sehen, dass wir mit unseren knapp 30 Mitarbeitern dieses Projekt überhaupt stemmen können. Hier ist eine genaue Vorbereitung erforderlich.

Carina Steinert (Bergheim): Wir wollen uns im Bereich des Finanzwesens weiterentwickeln. Wir bieten zwar schon Online-Bezahlungsmöglichkeiten an, nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für unsere Stadtbibliothek. Bürger können zudem ihre Strafzettel online bezahlen. Das würden wir gerne so miteinander verbinden, dass keine manuellen Arbeiten mehr erforderlich sind. Im Endeffekt wollen wir das, was wir jetzt für die Web-Kasse gelöst haben – dass wir dort durchgängig digital sind – auch für dieses E-Payment-Thema einführen. Was uns darüber hinaus seit Jahren beschäftigt, ist alles rund um das Thema Digitalisierung. Das heißt, wir arbeiten mit einem Dokumenten-Management-System, wir nutzen einen flächendeckenden Aktenplan, wir haben aber noch nicht überall flächendeckend Fallakten im Einsatz. Zudem wollen wir für das Onlinezugangsgesetz (OZG) so aufgestellt sein, dass wir möglichst alle Formulare online zur Verfü-

Am virtuellen Round Table saßen: Günter Oldekamp, Bürgermeister der Samtgemeinde Neuenhaus; Michael Wübben, Kassenverwalter der Samtgemeinde Neuenhaus; Jacqueline Ewert, in der Samtgemeinde Neuenhaus zuständig für Finanzen, Kasse und Controlling; Birgit Ritz, Abteilungsleiterin Organisation und IT und Stabsstelle BM-digital Kreisstadt Bergheim; Carina Steinert, Organisation und IT und

Stabsstelle BM-digital Kreisstadt Bergheim; Monika Stirken-Hohmann, Stadtbetriebe Grevenbroich AÖR, Kaufmännische Vorständin; Florian Herpel, Stadtbetriebe Grevenbroich AÖR, Technischer Vorstand; Dr. Jens Weiß, Professor für Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Harz; Holger Schmelzeisen, Geschäftsführer Axians Infoma; Steffen Schanz, Prokurist Axians Infoma.

gung stellen können, sodass diese durchgängig elektronisch bearbeitet werden können. Unser digitaler Posteingang, der schon produktiv läuft, soll hausweit genutzt werden. Mit E-Akte, Formular-Server und digitalem Posteingang soll es eine runde Sache mit komplett digitalen Prozessen werden. Das dritte Thema, das uns beschäftigt, ist die künstliche Intelligenz. Aktuell arbeiten wir beispielsweise am Einsatz eines Roboters. Der Roboter-Kollege soll bald bei uns angestellt werden, damit der Bürger bei ihm zum Beispiel einen Personalausweis beantragen kann.

Wie wirkt sich die Corona-Krise auf die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung aus, welche Lehren können gezogen werden?

Jens Weiß (Hochschule Harz): Wir haben gemeinsam mit Axians Infoma eine Befragung zum Stand der Digitalisierung in Kommunen durchgeführt, die Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht. In dieser Befragung haben wir auch verschiedene Fragen zur Wirkung der Corona-Pandemie gestellt. Ich würde die Prognose wagen, dass der Wettbewerb um den Innovationspreis 2021 deutlich anders aussieht, denn in der Pandemie-Situation hat sich der Nutzen von Digitalisierungsprojekten gezeigt und viele neue Digitalisierungsmaßnahmen wurden mehr oder weniger erzwungen. Es wurde eine Entwicklung angestoßen, gewisse Dinge nach vorne zu treiben. Das Thema Homeoffice wurde ja schon angesprochen, das war eine riesige Herausforderung. Videokonferenzen sind selbstverständlich geworden, und nach einer Anlaufphase hat man fast überall gemerkt, dass sich

die meisten Themen und Probleme auch mit Online-Besprechungen sinnvoll bearbeiten lassen. Gleichzeitig glaube ich – und das deutet sich auch in unserer Befragung an –, dass manche Projekte im Bereich der Digitalisierung deutlich schwieriger geworden sind. Insbesondere wenn es darum geht, Menschen von etwas zu überzeugen, das sie ablehnen, und Veränderungen konstruktiv und konsensual umzusetzen, ist die persönliche Kommunikation eben doch oft unersetzlich.

Oldekamp (Neuenhaus): Wir sind eine kleine Verwaltung und ich bin ganz froh, dass unser Rathaus überwiegend Einzelbüros hat. Das war in Corona-Zeiten ein großer Vorteil, um den Abstand zu wahren und Hygienemaßnahmen einzuhalten. All diese Erfahrungen müssen wir sammeln und aus der Pandemie die richtigen Schlüsse ziehen. Mehr Büroräume brauchen wir im Rathaus jedenfalls nicht. Pläne zur Rathausenerweiterung, die es in manchen Kommunen vielleicht gab, werden jetzt sicher erst einmal auf Eis gelegt.

Holger Schmelzeisen (Axians Infoma): Wir haben in Ulm jüngst einen neuen Gebäudetrakt angebaut und die Bürokapazitäten damit deutlich erhöht, was auch dem permanenten Mitarbeiterwachstum geschuldet ist. Allerdings nutzen auch wir momentan die Digitalisierung mehr denn je. Ich habe mein Büro in Limburg und war als Geschäftsführer in diesem Jahr so gut wie gar nicht in Ulm. Über Videokonferenzen funktioniert trotzdem alles reibungslos.

Steffen Schanz (Axians Infoma): Interessanterweise hat Corona bei uns dazu geführt, dass wir anbauen, weil

wir mehr Platz brauchen. Termine, die wir sonst vor Ort beim Kunden durchgeführt hätten, finden nun online oder per Telefon statt. Da stört es, wenn man zu zweit oder zu dritt im Büro sitzt. Wir weichen deshalb in Einzelbüros aus und haben nun einen größeren Platzbedarf.

Birgit Ritz (Bergheim): Natürlich hat uns Corona erst einmal alle überrascht. Wir arbeiten seit dem Jahr 2008 zentralisiert. Viele Kommunen, die das nicht tun, hatten Probleme, ihre Mitarbeiter ins Homeoffice zu schicken. Das war in Bergheim definitiv nicht so. Wir verfügen in erster Linie über Doppelbüros, diese konnten wir entzerren und 50 Prozent der Mitarbeiter vom Homeoffice aus arbeiten lassen. Das haben wir im Wechsel durchgeführt. In diesem Zuge haben wir bemerkt, dass es viel mehr Prozesse gibt, die man vollständig digital abbilden kann. In der Wohngeldstelle beispielsweise haben wir festgestellt, dass Publikumsverkehr kaum noch notwendig ist. Wir wollen deshalb weitere Prozesse digital abbilden, um Besuche im Rathaus weiter gering zu halten.

Florian Herpel (Grevenbroich): Ich glaube, dass durch die Pandemie die Digitalisierung stärker als Erleichterung wahrgenommen wird. Jetzt geht es darum, die positiven Erfahrungen in die Zukunft zu übernehmen. Sei es, was die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter angeht, sei es die Kommunikation untereinander, seien es technische Fragen oder welcher Raumbedarf zukünftig besteht. Diese Diskussionen hat die Pandemie nicht nur angestoßen, sondern dramatisch beschleunigt. Nun muss im Hinblick auf Arbeitskultur und -prozesse darauf geachtet werden, dass die Schraube nicht in ►

die andere Richtung überdreht wird und der gegenteilige Effekt eintritt, sondern dass wirklich eine gesunde Mischung gefunden wird, wenn es um das Verhältnis von Homeoffice- zu Präsenzarbeitsplätzen geht.

Monika Stirken-Hohmann (Grevenbroich): Zudem sollten wir unsere organisatorischen Strukturen überdenken und nicht nur irgendetwas digitalisieren, sondern auch die Prozesse genau beleuchten und entsprechend verändern. Dass wir uns neu strukturieren, ist ein ganz wichtiger Punkt. Darunter fällt auch die Frage, ob die hierarchischen Strukturen in der Verwaltung noch zeitgemäß sind.

Der Bund stellt im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets rund drei Milliarden Euro Fördermittel für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung bereit. Werden Sie von dem Geld profitieren?

Oldekamp (Neuenhaus): Das glaube ich nicht, da bin ich durch Erfahrungen geprägt. Die Gelder aus Berlin werden meist über die Länder verteilt und bleiben dort hängen. Ich bin Mitglied im Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Niedersächsischen Städtetags und wir hatten jüngst eine interessante Diskussion über dieses Thema. Unser Spitzenverband hat das Land Niedersachsen aufgefordert, endlich einen Handlungsplan OZG aufzustellen, wonach auch die Kommunen von den Geldern partizipieren können. Dafür gibt es aber weiterhin keine dezidierte Haushaltsposition. Wir haben also noch einige Kämpfe auszufechten.

Weiß (Hochschule Harz): Ich würde gerne noch auf einen anderen



Der Innovationspreis würdigt außerordentliche Digitalisierungsprojekte.

Aspekt eingehen. In unserer Befragung scheint sich eine These zu bestätigen, die ich schon seit einigen Jahren vertrete. Nämlich, dass die Kommunen nicht nur oder nicht primär mehr Geld brauchen, um Software und Hardware zu kaufen. Kommunalverwaltungen brauchen vor allem mehr Beschäftigte, die Digitalisierungsprojekte mitgestalten können. Dazu braucht man Menschen, die gleichzeitig etwas von Verwaltungsorganisation, Recht und IT verstehen. Es gibt in den kommunalen Verwaltungen ohnehin meist zu wenig Personal für IT-Aufgaben. Und um gute Digitalisierungsprojekte umzusetzen, braucht man weitere Kompetenzen, die in der klassischen Verwaltungsausbildung kaum vermittelt wurden, vor allem im Bereich des Prozess-Managements. Aus meiner Sicht liegt da das größte Problem für Digitalisierungsprojekte in Kommunen in den nächsten Jahren.

Schmelzeisen (Axians Infoma): Wir gehen aktuell nicht davon aus, dass ein Geldregen auf uns niedergeht. Dennoch erhoffen wir uns, mit guten Software-Produkten einen entsprechenden Nutzen bei den Kunden und den Verwaltungen zu

entfalten. Wir wünschen uns, dass unsere Produkte noch weiter in die Fläche kommen und es bei über 1.200 Kunden, die wir im kommunalen Bereich haben, dann auch jede Menge Nachahmer gibt.

Schanz (Axians Infoma): Der Nutzenaspekt steht definitiv im Vordergrund. Wir haben festgestellt, dass sich die Motivation, etwas Neues einzuführen, geändert hat. Wurde früher vielleicht nur aufgrund des Drucks durch ein Gesetz etwas angestoßen, gibt es heute doch viel Eigeninitiative. Um einen Blick voraus zu werfen: Wir werden im zweiten Quartal 2021 unsere Modern Clients ausliefern. Sie ermöglichen es, dass die Mitarbeiter jederzeit von jedem Ort aus arbeiten können, egal welches Gerät sie dabei nutzen.

Schmelzeisen: Unabhängig von Fördermitteln bin ich zuversichtlich, dass die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen vorankommt. Unsere Erfahrung ist: Wenn aus Eigenmotivation ein Projekt gestartet wurde, folgen weitere Vorhaben. Der Appetit kommt also beim Essen.

Moderation: Alexander Schaeff
Dokumentation: Corinna Heinicke

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG!

Gerne informieren wir Sie ausführlich über unsere OZG-Lösungen.
www.nolis.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

Kennzahlen richtig nutzen

Florian Göstl

Mittlerweile haben Kennzahlen auch im Controlling der öffentlichen Verwaltung ihren festen Platz. Damit sie ihre Vorteile im Entscheidungsprozess vollends ausspielen können, gilt es bei der Erhebung und der Darstellung jedoch einige Empfehlungen zu beachten.

Kennzahlen bilden das Fundament aller Controlling-Aktivitäten – unabhängig davon, ob man Budgets überwacht oder Projekte steuert. Sie sind seit vielen Jahren grundlegender Bestandteil der Unternehmensführung und haben spätestens seit der Novellierung des kommunalen Haushaltsrechts auch im Controlling der öffentlichen Verwaltung ihren festen Platz. Kennzahlen ermöglichen es, betriebswirtschaftliche Größen leicht zu erfassen und komplexe Sachverhalte in knapper Form darzustellen. Sie bilden somit die ideale Informationsbasis für das Controlling und die damit verbundenen Leistungsvergleiche.

Grundsätzlich lassen sich zwei Arten von Kennzahlen unterscheiden: absolute Kennzahlen, wie zum Beispiel beim Umsatz eines Unternehmens oder dessen Cashflow, sowie relative Kennzahlen, bei denen mehrere Werte verknüpft werden, wie im Fall der Eigenkapitalquote. Je nach Sachverhalt lassen sich weitere Kategorien ergänzen, etwa Erfolgskennzahlen, Liquiditätskennzahlen, Rentabilitätskennzahlen oder solche zur Vermögensstruktur.

Kennzahlen dienen primär als Informationsbasis für Führungskräfte und unterstützen sie dabei,

fundierte und bessere Entscheidungen zu treffen. In den vergangenen Jahren hat sich gerade im Controlling von Kommunen der Fokus auf Qualität, Effizienz und Effektivität erweitert. Kennzahlen helfen dabei, Veränderungen dieser Faktoren bestmöglich zu visualisieren und darzustellen. Unabhängig von ihrem Einsatzzweck können sie helfen, Entscheidungen zielorientiert zu optimieren, den eigenen Erfolg zu dokumentieren und bei drohendem Misserfolg rechtzeitig gegenzusteuern. Darüber hinaus sind sie ein geeignetes Hilfsmittel, um Beteiligungen bewerten und gegenüberstellen zu können.

Ein Vergleich der freien Städte zeigt, dass das Controlling in der öffentlichen Verwaltung vornehmlich auf Input- und Output-Daten setzt. Als Input-Daten werden Informationen zum Ressourceneinsatz verstanden, beispielsweise geplante und getätigte Aufwendungen. Zu den Output-Kennzahlen gehören Leistungs- und Mengeninformationen, wie die Anzahl der Kundenkontakte oder die Menge der ausgestellten Genehmigungen. Die Studie zeigt zudem, dass drei Viertel der Städte so genannte



Visualisierte Daten helfen bei der Steuerung.

Prozess- und Effizienzkennzahlen erheben. Während unter Prozesskennzahlen zum Beispiel die Bearbeitungszeit pro Kunde verstanden wird, stellen Effizienzkennzahlen Verhältnisse dar, etwa die Kosten pro Produkt oder den Kostendeckungsgrad.

Zu den am häufigsten genutzten Kennzahlen im kommunalen Umfeld zählen Finanz- und Leistungsdaten. Ihr überproportionaler Einsatz erklärt sich vor allem damit, dass sie sich leicht bilden und ermitteln lassen. Qualitäts- und Wirkungskennzahlen hingegen werden eher selten verwendet, weil deren Erhebung aufwendig und zeitintensiv ist. Gleichzeitig werden sie seitens der Politik nur selten eingefordert. Zu den Qualitätskennzahlen zählen unter anderem Messgrößen wie Kunden-

zufriedenheit oder Wartezeit, Wirkungskennzahlen betreffen etwa Angaben zu Neuansiedlungen in einem bestimmten Stadtgebiet oder wie oft es auf bestimmten Straßen zu Staus kommt.

Der Einsatz von Kennzahlen im Rahmen des Controllings der öffentlichen Verwaltung bietet zahlreiche Vorteile. So können damit Schwachstellen oder Abweichungen schnell erkannt und Steuerungsprozesse vereinfacht werden. Ihr Einsatz dient zudem als kritische Größe für selbst gesteckte Ziele. Gleichwohl ist das alleinige Vertrauen auf Kennzahlen nicht unumstritten, denn zum einen können Controlling-Kennzahlen falsch interpretiert werden, zum anderen machen sie anfällig für einseitige Sichtweisen, etwa weil die Umweltfolgen bestimmter Maßnahmen nicht impliziert werden. Zudem liefern Kennzahlen an sich keine Handlungsempfehlungen. Erst im Vergleich veranschaulichen sie Abweichungen oder Trends, deren Ursache die Verantwortlichen auf den Grund gehen müssen.

Zu den weiteren Herausforderungen im Umgang mit Controlling-Kennzahlen gehört, dass sich nicht immer eindeutig bestimmen lässt,

mit welcher Kennzahl man welches Ziel am besten misst. Umstritten ist auch die Frage, wie Kennzahlen aufbereitet werden müssen, damit sie als Grundlage im Entscheidungsprozess herangezogen werden dürfen. Letztlich stellt sich das Problem, inwieweit die erhobenen Kennzahlen tatsächlich zur Steuerung verwendet werden. Denn nicht selten werden Zahlen mühsam erhoben, im Entscheidungsprozess dann aber nicht weiter beachtet.

Festzuhalten bleibt: Auch in der öffentlichen Verwaltung sind Kennzahlen mittlerweile ein gern genutztes Mittel der Informationsverdichtung. Doch sind sie nicht die einzige Möglichkeit, steuerungsrelevante Informationen aufzubereiten. Häufig genutzt werden auch das Gespräch mit der Zielgruppe, informelle Gespräche mit der Verwaltung und interne Schriftstücke. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt diesbezüglich zu folgendem Ergebnis: Kennzahlen werden verwendet, aber häufig nur selektiv angewandt. Im Vergleich zu den vorgenannten Informationsquellen wird ihre Aussagekraft als weniger relevant eingeschätzt – diese lässt sich aber erhöhen, wenn die Kennzahlen entsprechend visualisiert werden. Das heißt: Wird

die Interpretation von Zahlen durch Grafiken oder Tabellen vereinfacht, werden diese einfacher und schneller verstanden.

Zusammengefasst ergeben sich bei der Verwendung von Controlling-Kennzahlen Handlungsleitlinien, welche die Akzeptanz nachhaltig stärken. Hierzu zählen vorrangig die nachstehenden Empfehlungen:

- Weniger ist mehr: Begrenzung der Menge an Zielen und Kennzahlen, die im Haushaltsplan ausgewiesen werden.
- Strategisches hat Vorrang: Die Auswahl von Zielen und Kennzahlen muss strikt an den strategischen Prioritäten ausgerichtet werden.
- Je relevanter, desto besser: Fakten, welche Führungskräfte für entscheidend halten, werden sie mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgen.
- Berichtswesen braucht Kontinuität: Der einmalige oder zufällige Blick auf den Haushaltsplan ist nicht ausreichend. Es gilt: Die Entwicklung der Zahlen muss regelmäßig nachgehalten werden.

Florian Göstl ist bei der Saxess AG, Leipzig, im Bereich Marketing und Kommunikation tätig.

Anzeige

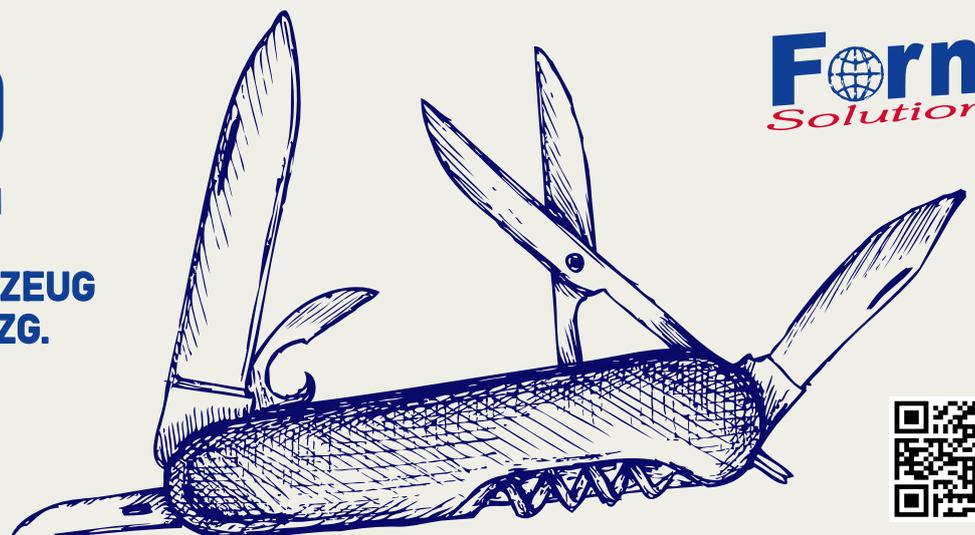
ANTRAGS MANAGEMENT 4.0

INTELLIGENTE LÖSUNGEN FÜR
ZUKUNFTSORIENTIERTE VERWALTUNGEN.

**- DAS PASSENDE WERKZEUG
ZUR UMSETZUNG DES OZG.**



WWW.FORM-SOLUTIONS.DE



Form[®]
Solutions



Handwerk geht mit der Zeit

Benedikt Leder

Moderne Prozesse, Digitalisierung und kaufmännisch geprägte Standards sind heutzutage auch im Handwerk unabdingbar. Mit der Umstellung des Rechnungswesens auf die Doppik kann die Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe künftig nachhaltiger wirtschaften.

Das flächendeckende System an Handwerkskammern, Kreishandwerkerschaften und Handwerksinnungen, das in Deutschland vorherrscht, ist weltweit einzigartig. Diese Körperschaften übernehmen vielfältige, größtenteils gesetzlich bestimmte Aufgaben im Dienst der Handwerksunternehmen. Trotz aller Tradition gilt es dabei, mit der Zeit zu gehen und sich beispielsweise für einen neuen Rechnungslegungsstil und digitale Prozesse zu öffnen.

Bei Kreishandwerkerschaften handelt es sich um Zusammenschlüsse aller Innungen einer bestimmten Region. Als solche sind sie Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe vertritt beispielsweise die Interessen von 39 Innungen und damit eine vierstellige Zahl an Handwerksbetrieben in ihrer Region. Neben ihrem Hauptsitz in Soest unterhält sie dafür zwei weitere Geschäftsstellen in Hamm und Unna. Ihre Aufgaben regelt das Gesetz zur Ordnung des Handwerks. Zu den wesentlichen Funktionen gehört es, die Interessen des selbstständigen Handwerks und der Handwerksinnungen ihres Bezirks gegenüber anderen Behörden sowie gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu vertreten.



Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe führt die Doppik ein.

Darüber hinaus unterstützt sie die Innungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und betreibt die dafür erforderlichen Einrichtungen. Sofern von den einzelnen Innungen gewünscht, führt sie auch deren Geschäfte.

Für die bestmögliche Erfüllung dieses vielfältigen Aufgabenspektrums sind in der heutigen Zeit moderne Prozesse, Digitalisierung und kaufmännisch geprägte Standards unabdingbar. Dazu gehört insbesondere ein Rechnungswesen auf Grundlage der Doppik. Deshalb galt es bei der Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe, die in vielen Organisationen noch gängi-

ge Kameralistik abzulösen, welche nur die jährlichen Zahlungsströme abbildet. Die Einführung eines doppelischen Rechnungswesens sollte den Weg für ein nachhaltigeres Wirtschaften freimachen.

So leistet in der Doppik etwa die integrierte Haushaltsplanung als wichtige Aufgabe die Aufstellung der vorgeschriebenen Pläne aller Körperschaften und ermöglicht durch die Mittelbewirtschaftung eine unterjährige Überwachung des Haushaltsvollzugs. Das System erlaubt zudem den Ausbau hin zu einer kennzahlenbasierten Steuerung der Organisation. Dabei bedeutet der Umstieg nicht, dass

die Anwender auf alle gewohnten Betrachtungen verzichten müssen. Über eine automatisch mitkontierbare Finanzrechnung lassen sich optional weiterhin Geldbewegungen wie in der Kameralistik auswerten. Das kann hilfreich sein, um etwa Daten für Mittelverwendungsnachweise bei extern geförderten Projekten und Maßnahmen zu liefern.

Treiber für die Entscheidung zugunsten der Doppik war nicht zuletzt das Steuerrecht für öffentliche Körperschaften. Eine aktuelle Herausforderung ist die Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz. Früher traten steuerliche Aspekte vor allem in gewerblich ausgerichteten Tochterbetrieben der öffentlich-rechtlichen Organisationen auf, doch inzwischen werden diese Einrichtungen insgesamt als umsatzsteuerliche Unternehmen betrachtet und geraten dadurch stärker in den Fokus der Finanzverwaltung. Auch die Kreishandwerkerschaften und Handwerksinnungen sind davon betroffen. Die Sicherstellung einer steuerlich korrekten Buchführung macht eine Überprüfung aller Belegprozesse, die Anpassung der damit verbundenen Arbeitsmittel, insbesondere der eingesetzten Software-Lösungen, und natürlich die Qualifizierung der Mitarbeiter nötig. Regelmäßig müssen Handlungsanweisungen und interne Dienstvorschriften umfassend überarbeitet werden. Dafür bietet eine doppische Rechnungslegung eine weitaus bessere Grundlage als die traditionelle Kameralistik.

Neben der organisatorischen Frage sind digitale Abläufe ein probates Mittel, um die Effizienz zu steigern, schneller zu werden und

die Prozesssicherheit zu erhöhen. Im Umfeld des Rechnungswesens geht es dabei insbesondere darum, Prozesse beim Empfang sowie der Verarbeitung von Rechnungen und sonstigen Belegen papierlos und medienbruchfrei zu gestalten. Die Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe hat all diese Herausforderungen auf dem verfügbaren Stand der Technik mithilfe des Unternehmens DATEV umgesetzt. Deren Rechnungswesen-Lösungen unterstützen das Arbeiten mit elektronischen Belegen und erfüllen auch die typisch öffentlich-rechtlichen Anforderungen an den Belegprozess, die an Kreishandwerkerschaften gestellt werden.

Weitere mit der Lösung abgedeckte Digitalisierungsaspekte sind ein sicherer Zahlungsverkehr und die Fähigkeit der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, elektronische Belege annehmen und verarbeiten zu können. Diese Punkte waren für Klaus Brock, den kaufmännischen Leiter der Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe, ausschlaggebend für die Einführung des neuen Gesamtsystems rund um das Rechnungswesen. Neben der Funktionalität ging es ihm auch um Sicherheit und Vertrauen: „Uns war es wichtig, bei der Umstellung von der kameralistischen auf die doppelte Buchführung mit einem echten Spezialisten zusammenzuarbeiten“, erklärt er. „DATEV hat sich mit dem Public Sector auf die Körperschaften des öffentlichen Rechts spezialisiert, und davon profitieren wir heute.“

Nach der Umstellung gilt nun für den Betrieb der Lösung, dass diese die eigene Handlungsfähig-

keit bei der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben sicherstellen muss. Deshalb kam der Frage nach der effizienten Nutzbarkeit und Verfügbarkeit der Anwendung ein hoher Stellenwert zu. Mit der neuen Rechnungswesen-Software lassen sich die administrativen Aufgaben gut strukturieren und die Anzahl der Updates ist überschaubar. Im Auslieferungsstandard wird bereits viel Programmlogik und Inhalt mitgeliefert, beispielsweise die Standardkontenrahmen. Die Software ist testiert und unterliegt einer zuverlässigen gesetzlichen Pflege. Durch modernste Schnittstellentechnologie können Daten einfach und anwenderfreundlich von und zu anderen Anwendungen übertragen werden.

Darüber hinaus lässt sich die Lösung hervorragend skalieren, da es das Lizenzmodell ermöglicht, die Zahl der Benutzer und die eingesetzten Module schnell und einfach an veränderte Anforderungen anzupassen. Insbesondere die Mehrmandantenfähigkeit kommt der Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe mit ihren zahlreichen Innungen sehr entgegen. Ebenso wichtig wie die Software selbst ist aber auch der Service – für Klaus Brock ein weiteres wichtiges Entscheidungskriterium bei der Auswahl. „DATEV kann Buchhaltung! Aber am besten gefällt uns der Support, wenn mal etwas nicht so gut läuft“, konstatiert der kaufmännische Leiter. „Dann erhalten wir schnelle und kompetente Antworten auf unsere Fragen. Wir fühlen uns gut aufgehoben“, lautet sein Resümee.

Benedikt Leder ist verantwortlich für die Pressearbeit der DATEV eG.

In Etappen zum Erfolg

Eva Sprockamp

Die Samtgemeinde Neuenhaus ist Gewinner des Axians Infoma Innovationspreises 2020. Überzeugen konnte die niedersächsische Kommune mit einem groß angelegten Digitalisierungsprojekt, das in mehreren Phasen abgewickelt wurde.

Wir möchten die Daten laufen lassen, weniger die Bürger. Mit diesen Worten bringt Günter Oldekamp, Bürgermeister der Samtgemeinde Neuenhaus die zukunftsorientierte Strategie der niedersächsischen Kommune auf den Punkt. Ihr Ziel: Vollständig digitale Prozesse einführen, die den Erwartungen von Bürgern, Unternehmen und Mitarbeitern an eine moderne und serviceorientierte Verwaltung gerecht werden. Dafür startete die Samtgemeinde in der Grafschaft Bentheim bereits im Jahr 2016 mit einem umfassenden Digitalisierungsprojekt. In der Folge wurde der Arbeitsalltag der Verwaltung durch vernetzte interne und externe Abläufe effizienter und das Angebot an Online-Dienstleistungen wuchs. Für das gelungene Unterfangen wurde die Samtgemeinde Neuenhaus mit dem Axians Infoma Innovationspreis 2020 ausgezeichnet (siehe auch Round-Table-Gespräch Seite 12).

„Die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert“, berichtet Michael Wübben, Kassenleiter der Samtgemeinde Neuenhaus und Mitglied der fünfköpfigen Projektgruppe Digitalisierung. „Die Bürger möchten kommunale Dienstleistungen



Die Samtgemeinde Neuenhaus ist ein Vorbild bei der Digitalisierung.

jederzeit und von überall aus in Anspruch nehmen, Unternehmen eine schnellstmögliche Begleichung ihrer an die Verwaltung gestellten Forderungen. Und die Mitarbeiter erwarten mithilfe durchgängiger digitaler Prozesse eine Straffung und Vereinfachung von Arbeitsabläufen. Denn nur so kann die stetig wachsende Aufgabenvielfalt weiterhin gut bewältigt werden.“ Grund genug für die Samtgemeinde, die Digitalisierung zunächst in zwei weiteren Teilprojekten voranzutreiben. Im ersten Schritt sollte das seit dem Jahr 2002 genutzte Finanzverfahren Infoma newsystem um die Module Elektronischer Rechnungsworkflow, eRechnungs-Manager und Zentrale Adressverwaltung erweitert werden. 2017 meldete Neuenhaus Vollzug – seitdem ist

ein schlankes, komplett digitales Verfahren für die Rechnungsbearbeitung im Einsatz. „Wir haben über 300 Unternehmen gebeten, ihre Rechnungen künftig digital zu stellen, und ein Großteil ist unserer Bitte gefolgt“, berichtet Kassenleiter Wübben. Aktuell noch eingehende Papierrechnungen werden gleich gescannt und gehen dann in die digitale Weiterbearbeitung, für die nun im Schnitt 4,3 Tage benötigt werden. Der automatisierte Ablauf spart Zeit und Arbeit. Damit sind Kapazitäten im Bereich Kasse/Finanzbuchhaltung frei geworden, die jetzt der Erstellung der Jahresabschlüsse zugute kommen. Aber auch die Nachhaltigkeit papierloser Prozesse und die Möglichkeit, digital eingehende Bürgeranliegen schneller zu bearbeiten, waren wichtige Gründe für

das Zustandekommen des Digitalisierungsprojekts.

Nachdem die Optimierung der internen Prozesse erfolgreich abgeschlossen war, standen in Neuenhaus die zweite Phase und damit das Thema Bürgerservice auf dem Programm: die Einführung des Bürgerportals OpenR@t-haus inklusive Erweiterung des Online-Portals OR-Finanz. Für die Umsetzung war IT-Dienstleister und Infoma partnergroup-Mitglied ITEBO verantwortlich. OpenR@t-haus ermöglicht es Bürgern, von zuhause aus oder unterwegs per Smartphone online Anträge zu stellen und mit der Verwaltung zu kommunizieren. Von der An-, Ab- und Ummeldung von Abfallbehältern über die Ausstellung von Urkunden aus dem Eheregister bis hin zur Hundean- und -abmeldung können zahlreiche Dienstleistungen bequem per Internet genutzt werden. „Manuelle Anträge und Anliegen der Bürger müssen unsere Sachbearbeiter nacherfassen – eine doppelte Arbeit, die Zeit kostet und zusätzlich eine Quelle für Übertragungsfehler ist“, erläutert Jacqueline Ewert, Beauftragte für Digitalisierung der Samtgemeinde Neuenhaus und ebenfalls Mitglied des Projekt-Teams. „Kommen die Anträge der Bürger und Unternehmen aber bereits digital und vorausgefüllt über unser Bürgerportal in die Verwaltung, entfallen die manuelle Übertragung sowie viele Anfragen.“

Auch die Bezahlung erfolgt online. Dafür wird der ePayment-Manager von Infoma newssystem genutzt. Die Lösung übernimmt die automatisierte Abwicklung schneller und sicherer Online-Bezahlprozesse über

unterschiedliche Zahlungsanbieter. Eine Überwachung der Zahlungseingänge ist daher nicht mehr nötig. Ihren mehr als 14.000 Einwohnern in den fünf Mitgliedsgemeinden bietet die Samtgemeinde Neuenhaus aber noch weitere Möglichkeiten. So können sie sich über das Online-Portal OR-Finanz beispielsweise selbst mit Informationen versorgen, ihre Steuerbescheide einsehen oder Kontoverbindungen ändern. „Damit stellen wir einen deutlichen Gewinn an Komfort bereit“, sagt Michael Wübben. „Die Bürger waren zuvor darauf angewiesen, dass wir ihnen einen Bescheid nachdrucken oder Zahlungstermine mitteilen. Nun können diese Informationen einfach im Portal nachgeschlagen werden.“

Mit der kompletten Überarbeitung des Internet-Auftritts hat die Samtgemeinde bereits die nächste Projektphase eingeläutet. Wesentliche Neuerungen werden dabei der interaktive Haushaltsplan und Jahresabschluss des Steuerungssystems Axians IKVS sein. Und wie bei den vorangegangenen Teilprojekten wird auch hier die intensive Kommunikation wichtig für das Gelingen sein. Da das Digitalisierungsprojekt Auswirkungen auf die Gesamtverwaltung hat, bestand vor Beginn der jeweiligen Umsetzungsphasen nicht nur ein hoher Abstimmungsbedarf mit den einzelnen Fach- und Querschnittsabteilungen. Für das Projekt-Team galt auch, alle beteiligten Mitarbeiter, die sich zu der Zeit auf sehr unterschiedlichem technischem Niveau befanden, abzuholen und einzubinden. Auf diese Weise konnten die Verantwortlichen die notwendige Identifikation schaffen. „Ein solches Projekt steht und fällt mit der Akzeptanz der Mitarbeiter“, sind sich Jacqueline

Ewert und Michael Wübben einig. Sie sehen in der sich weiterentwickelnden Digitalisierung ihrer Verwaltung einen hohen Nutzen. Die Daten sind zentral und sicher gespeichert und bei entsprechender Berechtigung von überall aus abrufbar. Das erleichtert nicht nur den normalen Arbeitsalltag der Mitarbeiter, sondern in der momentanen Corona-Krise auch das Arbeiten im Homeoffice.

„Digitalisierung ist aktuell in aller Munde, und die flankierende Gesetzgebung dazu, Stichwort Onlinezugangsgesetz, erzeugt Handlungsbedarf bei den Kommunen. Trotzdem sind die Themen Digitalisierung und elektronisches Prozess-Management noch bei vielen nicht besetzt“, erläutert Wübben. Anders ist es in der Samtgemeinde Neuenhaus. Deren Planungen sehen vor, mittelfristig alle Dienstleistungen von Anfang bis Ende vollständig zu digitalisieren – damit sich die Bürger nicht immer persönlich auf den Weg in die Verwaltung machen müssen.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörlshofen.

Profil

● Samtgemeinde Neuenhaus

Bundesland:
Niedersachsen
Landkreis:
Grafschaft Bentheim
Einwohnerzahl:
14.000
Bürgermeister:
Günter Oldekamp
(Parteilos)
Web-Präsenz:
www.neuenhaus.de



Überblick: Für die umfassende Digitalisierung nutzt die Samtgemeinde die Lösungen Infoma newssystem, den Elektronischen Rechnungsworkflow, den eRechnungs-Manager, die Zentrale Adressverwaltung sowie den ePayment-Manager des Unternehmens Axians Infoma.

ELKO spart Zeit

Christian Pfeiler

Positive Erfahrungen mit der Lösung Elektronischer Kontoauszug von Anbieter ab-data sammeln seit dem Jahr 2019 die Stadt Langenfeld im Kreis Mettmann. Das hat im Sommer 2020 schließlich auch die Kreisstadt Mettmann zur Einführung des Moduls bewogen.

Um die Verarbeitung von Ein- und Auszahlungen im Kassengeschäft zu unterstützen, haben sich im nordrhein-westfälischen Kreis Mettmann unter anderem die Städte Langenfeld (Rheinland) und Mettmann für das Modul Elektronischer Kontoauszug (ELKO) als Erweiterung des ab-data Web Finanzwesens entschieden. In der Praxis sorgt das für eine deutliche Zeitersparnis.

Das ab-data Web Finanzwesen zählt bundesweit zu den führenden ERP-Fachverfahren für Kommunen. Es bietet bereits im Standardumfang zahlreiche Funktionen zur Abwicklung des gesamten baren und unbaren Zahlungsverkehrs inklusive der Verbuchung aller Kassenvorgänge. Als einer der Vorreiter für webbasierte Produktinnovationen stellte ab-data im Jahr 2017 den neuentwickelten Elektronischen Kontoauszug vor. Mithilfe dieses Zusatzmoduls kann jede Verwaltung das ab-data Web Finanzwesen um eine selbstlernende Software-Komponente erweitern, die den Umstieg von der einzelfallbezogenen auf die automatisierte Massendatenverarbeitung unterstützt.

Die Anwendung macht Gebrauch von eigenentwickelten Verarbei-

tungslogiken, die den optimalen Abgleich von Zahlungen und offenen Posten, das so genannte Matching, ermöglicht. Die Funktionen des ELKO zielen darauf ab, die Treffergenauigkeit im Matching-Prozess zu erhöhen. Dazu kann der Anwender unter anderem flexible Mustervorgaben von Kassenzichen inklusive der Zuordnung zu bestimmten Sachbearbeitern definieren. Zusätzliche Filter wie Ränge und Margen erlauben eine kunden- und zahlwegindividuelle Feinjustierung. Auch das Auslesen des Verwendungszwecks mit selbstlernender Zuordnungsautomatik dient einer optimierten Steuerung, beispielsweise bei der Durchführung von Daueraufträgen. Die dabei vorgeschlagene Zuordnungs- und Buchungsliste kann individuell oder maschinell bearbeitet werden.

Das Auslieferungskonzept des Elektronischen Kontoauszugs bietet einen weiteren Vorteil: Es ermöglicht die einfache Integration in die ab-data Gesamtanwendung mittels vorinstallierter Plug-and-Work-Lösung. Eine aufwendige Installation ist nicht notwendig. Die Lösung kann kundenindividuell nach den jeweiligen Bedürfnissen und Anforderungen konfiguriert und skaliert werden. Dank der selbstlernenden Buchungslogik ent-

spricht der ELKO dem maximalen Automatisierungsgrad. Durch die effiziente und ressourcensparende Anwendung können Personalkosten im Tagesgeschäft reduziert werden. Die letzte Kontrolle verbleibt aber stets bei den Mitarbeitern im Kassengeschäft. „Die Technologie muss immer kontrollierbar sein und dem Menschen dienen“, betont ab-data-Geschäftsführer Markus Brempkamp.

Seit der ersten Vorstellung des ELKO im Jahr 2017 haben sich bereits mehr als 100 Kunden für den Einsatz des Produkts entschieden. Alle Kommunen verfolgen damit das Ziel, mithilfe künstlicher Intelligenz zusätzliche Automatisierungspotenziale auszuschöpfen und sich weitgehend monotone Arbeiten wie das Abtippen von Belegen zu sparen.

Wie erfolgreich das sein kann, hat die 60.000 Einwohner zählende Stadt Langenfeld im Kreis Mettmann bereits im Jahr 2019 empirisch ermittelt: Hier hat die Verwaltung nach der Hinterlegung von rund 360 allgemeinen Mustern sowie der Speicherung von 1.700 individuellen, fehlerbehafteten Mustern aus Verwendungszwecken nach anderthalb Jahren Echteinsatz des Elektronischen Kontoauszugs



Mettmann: Selbstlernende Buchungslogik begeistert.

eine beeindruckende Trefferquote bei der Mustererkennung von über 95 Prozent vorzuweisen. „Der ELKO ist ein wachsendes und lebendiges System, das auch dank anlernbarer Logik immer weiter wächst und bessere Ergebnisse liefert“, sagt Heike Enners, Kassenleiterin der Stadt Langenfeld. „Bei uns konnte durch den ELKO eine halbe Stelle eingespart werden. Die Kolleginnen und Kollegen sind froh über die Reduzierung der monotonen Erfassungsarbeiten und die damit gewonnene Zeit, die sie jetzt intensiver in die Sachbearbeitung fließen lassen können.“

ab-data ist leicht verständlich und zielorientiert in der Bedienung. Das Einlesen der Belegdatei ist bedienerfreundlich und einfach in der Handhabung, das Erkennen der Kassenzahlen und Haushaltstellen funktioniert unerwartet gut.“ Lob erfährt in der Kreisstadt auch die gesamte Übernahme aller Informationen des Belegs. Das erspart Rückfragen aus den betreffenden Fachbereichen. „Mit jeder Buchung wird ELKO intelligenter, denn jede nicht getroffene Zuordnung wird als neues Muster entsprechend angelegt. Das System zeigt praktikable Bu-

chungsvorschläge an. Die Einrichtungskriterien wurden uns durch ab-data dargelegt und es macht jeden Tag viel Freude, das System zu füttern und leben zu lassen“, sagt Karin Liedtke. „Durch die unkomplizierte Speicherung von Mustern haben wir eine wesentliche Erleichterung in der Verarbeitung des Buchungsvorgangs bemerkt. Innerhalb kürzester Zeit konnten wir in der zeitlichen und praktischen Umsetzung eine Verbesserung von circa 30 Prozent erreichen.“ Als weiteren Vorteil der neuen Lösung nennt Liedtke, dass nun keine Papierberge in Form von Kontoauszügen mehr anfallen, zudem sei es nicht mehr nötig, die Belege auf die verschiedenen Sachbearbeiter innerhalb der Stadtkasse zu verteilen. Ihr Fazit: „Der Anfang war mühselig und eine Umstellung, aber es hat sich gelohnt. Wir können wirklich anraten, auf diese Variante des Buchens umzusteigen.“

Christian Pfeiler ist bei der ab-data GmbH & Co. KG, Velbert, im Bereich Vertrieb und Beratung tätig.

DSV Service
Vielfalt. Dynamik. Qualität.

Individuelle Formularerstellung

Wir unterstützen Sie von Anfang bis Ende bei Erstellung und Migration Ihrer Formulare. Unabhängig, in welcher Phase sich Ihr Produkt befindet, egal, ob Sie eine einfache Formularanwendung oder eine komplexe Anbindung an Fachverfahren oder Service-Konten anstreben. Unsere große und langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Formulare macht uns zu Ihrem kompetenten Partner.

Besuchen Sie uns auf: www.dsv-service.de



Attraktiver für Kommunen

Das Erfurter Software-Haus PDV hat die Firma CC e-gov übernommen. Kommune21 sprach mit CC-e-gov-Geschäftsführer Kurt Hühnerfuß und PDV-Chef Dirk Nerling über die Gründe für die Akquisition und die Zukunftspläne der Unternehmen.

Herr Nerling, PDV hat alle Anteile am Unternehmen CC e-gov übernommen. Welche Gründe waren für die Akquisition ausschlaggebend?

Dirk Nerling: Es gibt im Wesentlichen drei Gründe, warum CC e-gov für uns interessant ist: Der eine ist, dass das Unternehmen insbesondere für den kommunalen Markt eine performante Lösung für das Dokumenten-Management anbietet. Unser Hauptaugenmerk lag in den vergangenen Jahren eher auf größeren Projekten, etwa dem Roll-out von Verwaltungsinformationssystemen in sieben Bundesländern und in der Justiz. Die PDV-Gruppe wird für Städte und Gemeinden nun noch attraktiver. Ein zweiter Grund für unser Engagement sind die im Markt anerkannten Spitzenprodukte von CC e-gov. Dazu gehört das Ratsinformationssystem ALLRIS. Mit CC e-gov erweitern wir unser Portfolio und ergänzen unsere ECM-Plattform in idealer Weise. Und dann – das ist der dritte wesentliche Grund unserer Partnerschaft – haben wir schnell festgestellt, dass auch die Chemie zwischen unseren Teams stimmt. Bei uns ergeben eins und eins mehr als zwei.

Herr Hühnerfuß, was sprach aus Ihrer Sicht dafür, Ihr Unternehmen an PDV zu verkaufen?

Kurt Hühnerfuß: Wissen Sie, seit etwa fünf Jahren klopfen Investoren an unsere Tür. Mit bald mehr als 1.000 Kunden und dem bis dato einzigen cloudbasierten Sitzungssystem auf dem deutschen Markt gewinnt man als Unternehmen Aufmerksamkeit. Es ist nicht verborgen geblieben, dass sich CC e-gov positiv entwickelt. Das hat das Interesse mehrerer Investoren geweckt und es wurden auch schon detaillierte Gespräche geführt. Wir haben dabei Chancen ausgelotet, wie das riesige Potenzial im Public Sector noch besser erschlossen werden kann. Ein größeres Unternehmen hat es einfacher, seinen Kunden zu vermitteln, dass Investitionen in seine Software nachhaltig sind. Das hat bei den Verhandlungen mit den Investoren eine zentrale Rolle gespielt. Mit PDV haben wir einen Partner gefunden, der genauso wie wir kundenzentriert denkt und handelt. PDV war ein Gesprächspartner, der uns einen Weg aufgezeigt hat, wie wir gemeinsam und erfolgreich die Zukunft gestalten können. Wir sind jetzt im PDV-Verbund der kommunale Arm. Unsere Produkte sind komplementär. Sie bieten unseren Kunden Investitionssicherheit und eröffnen neue Horizonte bei der



Dirk Nerling



Kurt Hühnerfuß

strukturübergreifenden Digitalisierung der Verwaltungsarbeit.

Ist die Übernahme als Zeichen für eine Konsolidierung im Markt für Kommunal-Software zu werten?

Nerling: Aus meiner Sicht sind die Entwicklungen im Markt für Kommunal-Software nicht als Konsolidierung im Sinne von Konzentration zu bewerten. Der E-Government-Markt wächst in allen Segmenten nach wie vor und bietet vielen Playern ausreichend Geschäftsmöglichkeiten. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gibt es bei der Digitalisierung der Verwaltungsarbeit in Deutschland immer noch viel nachzuholen. Der Markt ist offen und nach wie vor riesig.

Hühnerfuß: Es gibt sicherlich Tendenzen und dazu gehört auch unser

Verbund, eine bestimmte Stärke im Markt für Kommunal-Software zu erreichen. Aber während das passiert, steigen auch neue Unternehmen in das Geschäft ein. Der Markt ist auch aus meiner Sicht nach wie vor dynamisch wachsend.

Welches Portfolio haben Sie im Programm und wie spielt es mit den Produkten von PDV zusammen?

Hühnerfuß: CC e-gov bietet insbesondere Kommunen angepasste Systeme zur elektronischen Vorgangsbearbeitung, Aktenführung und Archivierung an. Mit ALLRIS haben wir das modernste Ratsinformationssystem in Deutschland am

Produktlinie von CC e-gov lagen. Mit dem Produkt- und Serviceangebot von PDV haben wir unsere Möglichkeiten erweitert, auf Kundenwünsche reagieren zu können.

Nerling: Das trifft für den kommunalen Bereich ebenso für uns zu. Synergieeffekte versprechen wir uns mittelfristig auch für die internen Prozesse in unseren Unternehmen, beispielsweise bei der Gewinnung von Fachkräften.

Hühnerfuß: Wir werden als Arbeitgeber attraktiver. Wir sprechen über gemeinsame Human-Resource-Strategien. Das ist insbesondere für uns interessant, da

lichen Verwaltung beschleunigt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde auch unter schwierigen Bedingungen arbeitsfähig bleiben. Die VIS-Suite ist genau die richtige Antwort, um aus dem Homeoffice heraus Verwaltungsprozesse sicher und regelkonform erledigen zu können. VIS-Anwenderinnen und -Anwender können mobil auf alle ihre Unterlagen zugreifen.

Hühnerfuß: Zur Beschleunigung beigetragen hat auch, dass vergaberechtliche Hindernisse zeitlich begrenzt bis zum Jahresende ausgesetzt wurden. Kommunen nutzen jetzt

„Wir sind jetzt im PDV-Verbund der kommunale Arm. Unsere Produkte sind komplementär.“

Start. Wir arbeiten jetzt daran, dass ALLRIS und die VIS-Suite technisch voll integriert eingesetzt werden können. So bilden beide Produkte eine ideale Plattform für die digitale Zusammenarbeit der Verwaltungen und der Gremien.

Nerling: Wir erarbeiten gerade gemeinsam eine Vertriebsstrategie, wie wir die Kunden in den verschiedenen Teilmärkten im Public Sector akquirieren können. Beide Unternehmen können dabei auf langjährige Erfahrungen und viele Referenzen zurückgreifen. Auch tauschen wir unsere technologischen Kenntnisse aus.

Welche Synergieeffekte erwarten Sie sich?

Hühnerfuß: Es gab in der Vergangenheit immer wieder auch Anfragen von Kunden, die außerhalb der

PDV hier intern viel breiter aufgestellt ist als wir.

Was ändert sich für die Kunden von CC e-gov?

Hühnerfuß: Kurz gesagt: Nichts. Die Verträge zu Produkten und Services bleiben bestehen.

Nerling: CC e-gov hat mit PDV einen verlässlichen, wirtschaftlich stabilen Partner an seiner Seite. Wir gewährleisten im Verbund, dass die hervorragende Entwicklung des Unternehmens in den nächsten Jahren fortgeführt werden kann.

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation im Markt, erhält die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung jetzt den entscheidenden Schub?

Nerling: Wir bemerken schon, dass sich die Digitalisierung der öffent-

diese Rahmenbedingungen, um ihre IT-Vorhaben zügig umzusetzen. Es ist zu hoffen, dass es nach Überwindung der Pandemie keinen Rückfall in alte Zeiten mit überholten Vorgehensweisen gibt.

Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Hühnerfuß: Wir wollen im PDV-Verbund unseren Kundenstamm weiterhin mit Spitzenprodukten zur digitalen Verwaltungsarbeit erstklassig bedienen. Und wir wollen im Public Sector als jeweils eigenständige Hersteller für ECM- und Sitzungsinformationssysteme wachsen.

Nerling: Unser gemeinsamer Anspruch ist es, bei Digitalisierungsprojekten für die Verwaltung Premiumpartner zu sein.

Interview: Alexander Schaeff

Infektionsketten nachverfolgen D. Welling

Das Fraunhofer-Projekt CorASiV unterstützt Gesundheitsämter bei der Erfassung von Infektionsketten. Es ermöglicht eine schnelle visuelle Aufbereitung der Daten von an COVID-19 Erkrankten und ihren Kontaktpersonen.

Die Gesundheitsämter stehen vor der großen Herausforderung, die verfügbaren Informationen über die Ausbreitung von COVID-19 nachzuverfolgen, bereitzustellen und mit weiteren Datenquellen zu analysieren. Mehrere Fraunhofer-Institute haben sich zusammengetan, um die Gesundheitsämter dabei zu unterstützen. Das Konsortium bündelt Kompetenzen aus der Medizin, Datenanalyse, Simulation und Visualisierung. Daraus entstand das Projekt CorASiV, das im Rahmen des Programms „Fraunhofer vs. Corona“ stattfindet.

Nach einem rasanten Anstieg der COVID-19-Infektionen in den letzten Wochen des Jahres 2020

und einer Zunahme von Todesfällen im Zusammenhang mit dem Virus, warnen Ärzte, Politik und die Gesundheitsämter weiterhin eindringlich vor einer nicht kontrollierbaren Ausbreitung des Virus. Entscheidend für den Pandemie-Verlauf ist die Nachverfolgbarkeit der Infektionsketten. Die Bundesregierung wiederholte deshalb mehrfach ihre dringende Mahnung, das Hauptaugenmerk auf die Verbreitungs- und Ansteckungszusammenhänge zu legen. Genau an dieser zentralen Stelle setzten das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD in Darmstadt und das Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB in Karlsruhe an und riefen das Projekt CorASiV ins Leben.

Daran beteiligt sind außerdem die Fraunhofer-Institute für Intelligente Analyse- und Informationssysteme (IAIS), für Molekularbiologie und Angewandte Oekologie (IME), für Techno- und Wirtschaftsmathematik (ITWM) und für Digitale Medizin (MEVIS).

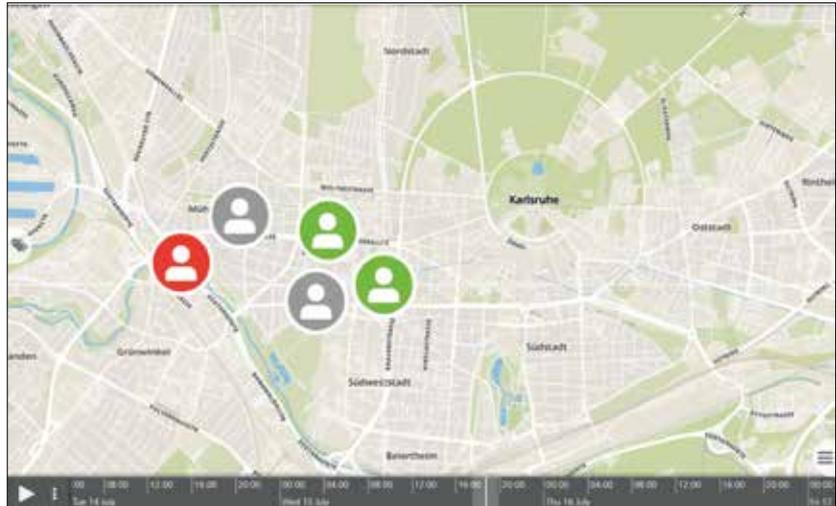
Seit Ausbruch des neuen Coronavirus sind die Gesundheitsämter mit einer Fülle von Daten konfrontiert. Die Datenmenge wird von ihren Mitarbeitern bearbeitet, welche die Informationen eingeben, abgleichen, zusammenführen und wieder abrufen müssen. Auf diese Aufgaben sind die Gesundheitsämter jedoch weder software-technisch noch personell eingestellt. Beschäftigte müssen im bestehenden Computersystem teilweise manuell nach Daten suchen oder Listen vergleichen, um bestimmte Personen und deren Kontakte zu finden und diese in Relation zu setzen. Zusätzlich zum sowieso schon bestehenden Personalmangel nehmen solche aufwendigen Prozesse viel dringend benötigte Arbeitszeit in Anspruch. CorASiV ermöglicht eine schnelle visuelle Aufbereitung der Daten von an COVID-19 Erkrankten und ihren Kontaktpersonen. Den Gesundheitsämtern steht somit eine Technologie zur Verfügung, die effektiv und umfassend die Krank-



Visuelle Aufbereitung von COVID-19-Daten unterstützt Gesundheitsämter.

heitsbewegungen im Einzugsgebiet des jeweiligen Amtsbezirks zeigt. Dabei können nur Mitarbeiter des Gesundheitsamts auf personenbezogene Daten zugreifen. Alle erfassten Personen werden mit ihrem Wohnort und aktuellem Infektionsstatus auf einer digitalen Karte angezeigt und das Gebiet des Gesundheitsamts nach möglichen örtlichen Zusammenhängen ausgewertet. Mit einer zeitlich abhängigen Visualisierung des Infektionsgeschehens werden die Menschen identifiziert, die sich in ähnlichen Zeiträumen infiziert haben. Die Gesundheitsämter erhalten mit der Kartendarstellung einen genaueren Überblick über die Infektionsausbreitung. So können sie die Infektionsprozesse besser kennenlernen und ihre Maßnahmen zeitnah und gezielter darauf einstellen.

Auf Wunsch der Gesundheitsämter wurden verschiedene Tools entwickelt. Eines davon beschäftigt sich beispielsweise mit der Analyse des Infektionsgeschehens auf zeitlicher Ebene. Mehrere Personen werden als parallele Zeitlinien in einem Diagramm dargestellt. Farbliche Markierungen dienen dazu, den jeweiligen infektiösen Zeitraum sichtbar zu machen, in dem es überhaupt Übertragungen gegeben haben könnte. Eine weitere Visualisierung zeigt das Netzwerk möglicher Begegnungen von verschiedenen Personen, die mit einem an COVID-19 Erkrankten in Berührung kamen. Die Verortung von getesteten Personen auf einem Stadtplan war eine weitere Anforderung,



Digitale Karte zeigt erfasste Personen mit Wohnort und aktuellem Infektionsstatus.

um Infektionsherde zu lokalisieren. Mit diesen auf unterschiedliche Prämissen zugeschnittenen Analyse- und Darstellungstools können sich Gesundheitsämter per Tastendruck einen schnellen und anwenderfreundlichen Überblick über das räumliche und zeitliche Infektionsgeschehen sowie über die persönlichen Verbindungen verschaffen.

CorASiV ist ein wichtiger Baustein im Gesamtpaket aller Eindämmungsmaßnahmen des Virus und eine Hilfestellung für die Gesundheitsämter. Dank der bereits vorhandenen Daten lassen sich Hotspots erkennen und neue Hypothesen über die Wirkungsweise von COVID-19 formulieren. Das System ist zudem erweiterbar. „Man kann die Bilder noch feiner aufgliedern“, sagt Jörn Kohlhammer, am Fraunhofer-Institut IGD in Darmstadt zuständig für Informationsvisualisierung und Visual Analytics. „Forschungstechnisch hat das großes Potenzial – auch für weitere Projekte mit Gesundheitsämtern – und ist übertragbar auf andere Infektionskrankheiten.“ Denn neben SARS-CoV-2 zirkulieren

weitere potenziell bedrohliche Viren in der Bevölkerung und es wird auch künftig neue Viren geben. Eine Vision für die Zukunft wäre, das System auf ganz Deutschland auszuweiten, für einen kompatiblen und damit flüssigen Datenaustausch auf Bundesebene. Der Datenschutz ist gewährleistet, da die Daten das Netzwerk des jeweiligen Gesundheitsamts nicht verlassen.

Das neue Software-Angebot der Fraunhofer-Institute entlastet dort, wo digitale Lösungen am besten greifen: beim Umgang mit riesigen, unüberschaubaren Datenmengen. Die Gesundheitsämter profitieren vor allem durch die enorme Zeiterparnis, die mit der Nutzung der speziell entwickelten Werkzeuge einhergeht. Denn auch Impfungen machen das Thema „Nachverfolgung der Ansteckungsketten“ nicht überflüssig, da nach wie vor die Folgen der Pandemie weder politisch-wirtschaftlich noch medizinisch absehbar sind.

Daniela Welling ist Leiterin Unternehmenskommunikation am Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD.

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Projekt:

- www.igd.fraunhofer.de/projekte/corasiv

Starker Partner

Mit **dataport.kommunal** hat Dataport eine Marke geschaffen, die speziell auf die Bedürfnisse von Kommunen zugeschnitten ist. Was das konkret bedeutet, erklärt Ingmar Soll, Leiter Kommunale Lösungen und Bürgerservices, im **Kommune21-Interview**.

*Herr Soll, Dataport hat die neue Marke **dataport.kommunal** entwickelt. Wie kam es dazu?*

Dataport ist der einzige öffentliche IT-Dienstleister in Deutschland, dessen Träger sowohl Länder als auch Kommunen sind. Wir arbeiten bereits eng mit den Kommunen in Schleswig-Holstein zusammen und haben dabei gemerkt: Die Digitalisierung der Verwaltung ist in erster Linie eine Digitalisierung der Kommunen. Deshalb haben wir vor drei Jahren beschlossen, unser kommunales Engagement auszubauen, dafür unser Portfolio erweitert und unsere kommunalen Produkte in einem eigenen Unternehmensbereich gebündelt. Parallel haben wir den Kommunalbereich personell verstärkt und mit externer Begleitung eine Kommunalstrategie erarbeitet und umgesetzt. Wir legen also den Fokus auf die Bedürfnisse der Kommunen und zeigen das nun mit einer eigenen Marke auch nach außen.

Warum haben Sie eine Marke entwickelt, die speziell auf die Kommunen zugeschnitten ist?

Weil das Leben genau dort stattfindet. Jede und jeder von uns ist Teil einer Kommune. Hier erleben wir schon heute die Fortschritte der

Digitalisierung für die Bürger. Die Corona-Pandemie hat den Wandel hin zu digitalen Verwaltungsleistungen noch einmal beschleunigt: Die kommunalen Schulträger müssen digitale Endgeräte bereitstellen, politische Gremien wollen online tagen, Mobilität, Umwelt und Tourismus erfahren starke Digitalisierungsschübe. Das zeigt uns: Neben dem Betrieb von Rechenzentren und Fachverfahren wird die Modernisierung des gesellschaftlichen Lebens immer wichtiger für die Kommunen. Um diese gewaltige Aufgabe zu stemmen, benötigen sie einen starken Partner – wie **dataport.kommunal**. Wir haben unser Produktportfolio weiterentwickelt und begleiten Kommunen bei allen Digitalisierungsvorhaben – von der ersten Idee bis zum sicheren Betrieb. Unser Angebot umfasst hier moderne Formate wie Barcamps, die Zusammenarbeit mit privaten Partnern im Innovationlab Schleswig-Holstein und einen Selbsttest zum Digitalisierungsgrad.

*Inwieweit unterstützt **dataport.kommunal** die Kommunen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)?*

Wir unterstützen sie, indem wir ihre Anforderungen aufnehmen und entsprechende Online-Dienste



Dr. Ingmar Soll

entwickeln. Angefangen haben wir bereits im Jahr 2019 mit den für Schleswig-Holstein wichtigen Themen aus dem Bereich Tourismus, wie zum Beispiel Jahreskurkarte, Tourismusabgabe und Brauchtumsfeuer. Derzeit entwickeln wir ein Zehn-Online-Dienste-Paket, das sich ausschließlich an Kommunen richtet. Diese können dann auf dem Bürgerportal abgerufen werden, auf dem klassische Verwaltungsleistungen ebenso bereitstehen wie Angebote der digitalen Daseinsvorsorge. Zudem unterstützt **dataport.kommunal** die Kunden dabei, Fördergelder abzurufen, etwa Mittel aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Wie grenzt sich die neue Marke vom übrigen Servicespektrum von Dataport ab?

dataport.kommunal ist ein Teil von Dataport. Rund 160 Mitarbeiter arbeiten ausschließlich für dataport.kommunal, viele von ihnen verfügen über Berufserfahrung in der Kommunalverwaltung. Zugleich greift dataport.kommunal auf die

Projekte der digitalen Daseinsvorsorge, den klassischen IT-Betrieb, die kommunale Infrastruktur sowie das fachliche und technische Management kommunaler Fachverfahren. Darüber hinaus unterstützen wir unsere Kunden dabei, sich zukunftsfähig aufzustellen und Digitalisierungsprojekte umzusetzen. Wir beraten in Fragen der Organisationsentwicklung,

Darüber hinaus profitieren unsere Kunden davon, dass bei dataport.kommunal IT-Kompetenz und Fachwissen über die kommunale Verwaltung zusammentreffen. Wir können Digitalisierungsprojekte kosteneffizient umsetzen, weil wir auf Synergien setzen und Lösungen entwickeln, die mehrere Kommunen einsetzen und an ihre jeweiligen Bedürfnisse anpassen können.

„Wir begleiten Kommunen bei allen Digitalisierungsvorhaben – von der ersten Idee bis zum sicheren Betrieb.“

umfangreichen Erfahrungen, Leistungen, Produkte und Mitarbeiter von Dataport zurück. Dank der neuen Marke dataport.kommunal und dem eigens dafür aufgebauten Kommunalbereich stehen den Kunden nun feste, rein kommunale Ansprechpartner zur Verfügung, die ausschließlich für die kommunalen Produkte zuständig sind. Das gilt für den Fachverfahrensbetrieb ebenso wie für IT- und Digitalisierungsprojekte. Für die Zukunft planen wir den Aufbau eines kommunalen Rechenzentrums, das gezielt auf die Bedürfnisse der Kommunen zugeschnitten ist.

Welche Argumente sprechen aus Sicht der Kommunen dafür, mit dataport.kommunal zusammenzuarbeiten?

Hierfür gibt es aus meiner Sicht eine Vielzahl nachvollziehbarer Gründe. Wir sind auch auf der kommunalen Ebene ein Full-Service-Provider. Unser Portfolio umfasst die Umsetzung des OZG,

begleiten die Veränderungsprozesse durch systematisches Change Management und entwickeln Ideen zur Optimierung interner Prozesse. Im Verbund mit Dataport werden wir von Kommunen und Ländern getragen. Damit können wir neben unserem hochsicheren, vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifizierten Rechenzentrum auch auf umfangreiche Erfahrungen auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen zurückgreifen.

Wodurch zeichnet sich dataport.kommunal Ihrer Meinung nach besonders aus?

dataport.kommunal ist voll und ganz auf die Anforderungen von Kommunen eingestellt. Neben unseren Kunden haben wir auch die Bürger im Blick, denn unser Angebot ist genauso auf deren Bedürfnisse ausgerichtet. Zudem können unsere Kunden auf eine breite Palette von standardisierten Produkten und Services zurückgreifen, die wir reibungslos implementieren und sicher betreiben können. Wir sind in der Region vernetzt und kooperieren mit einer Vielzahl von Anbietern.

Welche Zielvorgaben setzen Sie der neuen Marke?

Klares Ziel ist es, die Digitalisierung der Kommunen zum Wohle der Bürger nachhaltig voranzubringen. Das umfasst nicht nur die Optimierung der Geschäftsprozesse innerhalb der Verwaltung bis hin zur Einführung der E-Akte, sondern neben der zügigen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes auch die vielen Themenfelder der digitalen Daseinsvorsorge in den Städten und insbesondere im ländlichen Raum. Hier stehen Themen wie Kultur, Bildung, Mobilität, Umwelt, Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft sowie soziales Miteinander und bürgerschaftliche Teilhabe auf der Agenda. Wir möchten die jeweiligen Räume mit innovativen Projekten fördern und entwickeln. Ein aktuelles Beispiel ist unser Engagement im Rahmen des Strukturwandels in den Braunkohleregionen des mitteldeutschen Reviers und der Lausitz. Dort wollen wir mittels vernetzter Digital-Hubs in fünf Handlungsfeldern den Strukturwandel vorantreiben.

Interview: Corinna Heinicke

Link-Tipp

Weitere Informationen zur neuen Marke:

- www.dataport-kommunal.de

Aus Print wird digital

Michael Lang

Veraltete Druckinfrastrukturen verursachen Kosten und behindern die Digitalisierung. Für einen merklichen Digitalisierungsschub in den Behörden sorgen Multifunktionssysteme, die als Bindeglied zwischen analoger Papierwelt und neuen Lösungen fungieren.

Einem Brennglas gleich haben die Corona-Krise und der verstärkte Wechsel ins Homeoffice Schwächen in den Behörden zum Vorschein gebracht. Deutlich hat sich gezeigt: Die öffentliche Hand muss sich umfassend digitalisieren, um agiler, flexibler und bürgernäher zu werden. Die behördlichen IT- und Druckinfrastrukturen sind davon nicht ausgenommen. Hier sind Cloud-Systeme gefragt, aber auch der Einsatz von As-a-Service-Angeboten. Oft behindern jedoch die bestehenden Infrastrukturen diese Erneuerungen, indem sie den Migrationsprozess sowie den Datenfluss innerhalb von Ämtern und Behörden erschweren. Genannt seien hier veraltete (Druck-) Hardware, Software, Netzwerke oder Dienstleistungen sowie deren Inkompatibilität mit modernen Systemen. Sie stehen einem effizienten Betrieb und – mehr noch – den Digitalisierungsbestrebungen einer behördlichen Organisation entgegen.

Das zeigt auch eine kürzlich erschienene und vom Unternehmen Lexmark unterstützte Studie, welche die International Data Corporation (IDC) durchgeführt hat. Drei von fünf Unternehmen geben darin an, dass veraltete Druck-

infrastrukturen ihren Geschäftserfolg beeinträchtigen. 57 Prozent der Befragten sagen, dass sich eine zu alte Druckinfrastruktur negativ auf ihre Cloud-Migrationsstrategie auswirkt. Allerdings räumt weniger als die Hälfte (43 Prozent) von ihnen Investitionen in die Drucksysteme eine hohe Priorität ein. Für die Studie wurden zwar vor allem Unternehmen befragt, die Ergebnisse lassen aber auch Rückschlüsse auf Behörden zu.

Viele der oben erwähnten Legacy-Systeme sind integraler Bestandteil behördlicher Workflow-Prozesse. So auch die Druckinfrastruktur. Sie ist sogar tief verwurzelt in der Arbeitsweise der öffentlichen Hand. In einer IDC-Umfrage zu Dokumentenprozessen aus dem Jahr 2019 haben 40 Prozent der Wissensarbeiter angegeben, dass sie 21 bis 30 Prozent ihrer wöchentlichen Arbeitszeit mit Aufgaben in Dokumenten verbringen. 30 Prozent der täglich im Einsatz befindlichen Dokumente liegen ihnen in Papierform vor. Pro Woche erstellen die Wissensarbeiter laut der Untersuchung außerdem 23 papierbasierte und 21 elektroni-

sche Dokumente. Die IDC-Studie offenbart also eine Schiefelage: Print wird in Unternehmen und Behörden nicht (mehr) die höchste Priorität beigemessen, gleichzeitig ist die Druckinfrastruktur nach



Druckinfrastruktur: Modern mit Multifunktionssystem.

wie vor integraler Bestandteil der Workflows und Wegbereiter für die Digitalisierung. Da es auf kurze bis mittlere Sicht kein papierloses Büro geben wird und die Digitalisierung nicht durch Altsysteme aufgehalten werden darf, gilt es, die Stellschraube der Priorisierung zu drehen: Höhere Investitionen für eine moderne State-of-the-art-Druckinfrastruktur, die fit für den digitalen Wandel ist. Besser als viele unterschiedliche

digitale Ansätze in den verschiedenen Abteilungen zu verfolgen ist es, eine Digital-first-Gesamtstrategie aufzusetzen. Verstärkt durch die E-Akte, erkennen das auch immer mehr Behörden. Die kürzlich veröffentlichte IDC-Studie hat das wachsende Interesse seitens der Unternehmen an der Einbettung der cloudbasierten Druckinfrastruktur in eine ganzheitliche NGPIS-Strategie (Next-Gen Print Infrastructure as a Service) aufgedeckt. Eine solche Strategie umfasst auch Software as a Service (SaaS) oder Cloud-Print-Infrastructure as a Service. Im Zusammenspiel mit einer auf der Industry of Things gestützten Hardware und den Cloud-Lösungen kann NGPIS zu einem vollständig ausgelagerten, verbrauchs-basierten Modell für die Druckstrategie verhelfen.

Mit NGPIS löst sich die Druckinfrastruktur aus ihrem physischen Umfeld, wodurch die Bereitstellung und Wartung von Printservern ebenso wie der Bedarf an unterschiedlichen Drucktreibern und Queue Management entfällt. Das führt nicht nur zu einer Entlastung der IT-Abteilung und schafft zusätzliche Kapazitäten für strategische Projekte. Es stellen sich auch signifikante Kosteneinsparungen ein. Die Druckinfrastruktur ist außerdem zu jedem Zeitpunkt auf dem neuesten Stand, wodurch sie organisch mit den sich verändernden Anforderungen wachsen kann. Damit geht

häufig eine Harmonisierung der Druckinfrastruktur einher. Denn diese ist sowohl in Unternehmen als auch in Behörden über die Jahre hinweg oft unkoordiniert und heterogen gewachsen und weist dementsprechend Kompatibilitäts- und Interoperabilitätshürden auf. Genau solche komplexen Legacy-Drucksysteme tragen dazu bei, dass 79 Prozent der im Rahmen der IDC-Untersuchung befragten Unternehmen die Modernisierung oder den Austausch ihrer vorhandenen Drucker-Hardware und -anwendungen als eine der vorrangigen Herausforderungen ihrer IT-Teams erachten.

Verstärkt richtet sich das Interesse zudem an die Cloud in Kombination mit Managed Print Services (MPS) und Industry of Things. Lexmark Cloud Fleet Management beispielsweise hebt MPS auf die nächste Ebene, indem es Lexmark-Kunden und -Vertriebspartnern die Fernverwaltung der Geräte ihrer Kunden aus der Cloud heraus ermöglicht. Techniker können Firmware, Apps und Einstellungen von jedem beliebigen Standort aus aktualisieren. Das spart Zeit und Geld.

Laut IDC-Studie ist die Sicherheit der Druckinfrastruktur insgesamt eines der Topthemen. Sie genießt die oberste Priorität in Unternehmen, die ihre Druckerflotte erneuern wollen. Es ist davon auszugehen, dass sich auch hier Parallelen zur öffentlichen Hand

ziehen lassen. Lexmark und seine Kunden legen dabei Wert auf in Deutschland und Europa gehostete Cloud-Systeme. Zusätzlich ermöglicht gerade die Cloud ein großes Plus an Sicherheit – zum einen durch hybride Modelle, zum anderen durch regelmäßige Sicherheitsupdates, die automatisch durch die Cloud oder das Cloud Fleet Management aufgespielt werden. Außerdem kann die ganzheitliche Sicherheitsarchitektur von Lexmark aus der Cloud heraus noch zielgenauer gesteuert werden.

Die moderne Drucktechnologie hat sich in den vergangenen Jahren rasant weiterentwickelt und bietet innovative Funktionen für Sicherheit, Analyse sowie Dokumentenverarbeitung. Die neuen zukunftsweisenden Systeme sparen Kosten und warten mit einer besseren Umweltbilanz auf als ihre Vorgängermodelle. Behörden, die die Digitalisierung konsequent umsetzen wollen, sollten daher ihre Druckinfrastruktur auf den aktuellsten Stand bringen. Wird diese als integraler Bestandteil der digitalen Transformation wahrgenommen, erfährt auch die Gesamtinfrastruktur einer Behörde einen merklichen Digitalisierungsschub. Das wiederum sorgt für Effizienz, Kosteneinsparungen und, last but not least, verbesserten Bürgerservice.

Michael Lang ist Geschäftsführer für Deutschland, Österreich und die Schweiz sowie Director National Sales bei der Lexmark Deutschland GmbH.



JETZT IM ABO!

Aktuelle Meldungen zum digitalen Wandel in Behörden

news@move

www.move-online.de/newsletter

Flexibilität absichern

Michael Gieseke

Um die Herausforderungen im neuen Behörden-Arbeitsalltag zu meistern, müssen neben dem Dokumenten-Management-System auch Output- und Druck-Management-Systeme modernisiert werden. Nur so ist remotes Arbeiten effektiv umsetzbar.

Im Kampf gegen die Coronapandemie wird das öffentliche Leben auf ein Minimum zurückgefahren. Staatliche Institutionen stellt das vor besondere Herausforderungen, denn in der Verwaltung ist Homeoffice bislang kein Standard. Mitarbeiter benötigen mobile Lösungen, die den stationären hinsichtlich der Leistung in nichts nachstehen, jedoch eine höhere Flexibilität bieten. Sie müssen einfach zu bedienen, robust und leicht sein, aber sich natürlich auch problemlos in die bestehende IT-Landschaft einbinden lassen.

Viele denken bei diesem Thema vorrangig an Notebooks oder Rechner. Allerdings ist ein Drucker im Homeoffice für die tägliche Arbeit ein wichtiges Arbeitsmittel – und das nicht erst seit der Coronakrise. Doch die Themen Drucker und Dokumenten-Management stellen eine große Herausforderung für Behörden dar. Dabei geht es nicht nur um die Auswahl der passenden Modelle, sondern auch um Themen wie zentrale Verwaltung, die Einhaltung von Datenschutzrichtlinien oder die Sicherheit während der Datenübertragung und des Ausdrucks. Die Verfügbarkeit der Drucker ist in einer modernen Druckinfrastruktur besonders

wichtig. Jedes Wartungsfenster, jeder Ausfall aufgrund von fehlender Tinte oder eines leeren Toners ist ein Ärgernis für die Anwender.

Die Lösung ist ein System, das auf die Anforderungen der Behörde zugeschnitten ist – so genannte Managed Print Services (MPS). Einerseits verkürzen sich so die Wartungsfenster durch die Möglichkeit der Fernwartung und Ferndiagnostik. Andererseits werden Verbrauchsmaterialien automatisch nachbestellt, bevor sie zur Neige gehen. Druckaufträge kommen heute zudem nicht mehr nur von stationären Computern. Es wird mittlerweile mit einer Vielzahl unterschiedlicher Geräte auf die Druckinfrastruktur zugegriffen. Dazu sind flexible Druck-Management-Lösungen gefragt. Anwender können damit unabhängig vom Betriebssystem von jedem Gerät aus einfach und schnell Druckaufträge abschicken.

Für Behörden lohnt es sich gleich mehrfach, professionelle Druck-Management-Lösungen zu implementieren: Zum einen steigern sie die Effizienz ihrer Mitarbeiter und unterstützen eine flexible Arbeitsweise. Mit MPS wird nicht nur die Verfügbarkeit von Verbrauchsmaterialien automatisiert. Vielmehr

lässt sich damit auch die Druckinfrastruktur bedarfsgerechter planen und eine optimierte Auslastung der Hardware sicherstellen. So kann in den meisten Fällen Hardware eingespart oder mehrere ältere Modelle durch neue, leistungsfähigere Geräte ersetzt werden. Nicht selten sind dabei deutliche Kosteneinsparungen von bis zu 30 Prozent möglich.

Die Absicherung der Geräte und des Dokumenten-Workflows wird durch Homeoffice und mobiles Arbeiten noch wichtiger, da die Zahl der Angriffspunkte wächst. Diese Arbeitsformen erfordern pragmatische Lösungen. Behörden müssen ihre Geräte im Homeoffice durch entsprechende Sicherheitsfunktionen schützen. Viele Geräte bieten bereits Features und Anwendungen, die dabei unterstützen, die Datenschutzrichtlinien einzuhalten. Dazu gehört die kontinuierliche Kontrolle aller Drucker im Netz, einschließlich der ins Netz eingebundenen externen Drucker im Homeoffice, ebenso wie standardmäßig verschlüsselte Festplatten, die Daten nach der Nutzung selbstständig überschreiben. Des Weiteren ist ein modernes Output Management notwendig, das die Ausdrücke erst ausgibt, wenn eine Legitimation des Mitarbeiters an

der Hardware erfolgt ist. Damit ist sichergestellt, dass die Ausdrücke nur von berechtigten Personen abgerufen werden können. Nicht abgerufene Aufträge werden nach einer definierten Zeit gelöscht. Zudem ist eine sichere Übertragung der Daten zum Output-Gerät wichtig. Die Daten sollten während der Übertragung, aber auch während sie im Drucker gespeichert sind, verschlüsselt sein.

In der neuen Normalität wird die Arbeit weder rein im Homeoffice erledigt noch im Büro. Es wird sich um eine Hybridlösung handeln. Mitarbeiter benötigen daher Zugriff auf Anwendungen und die passende Hardware, um ihre Aufgaben auch remote professionell erledigen zu können. Dabei spielt die Digitalisierung von Dokumenten und deren Einspeisung in ein Dokumenten-Management-System eine wichtige Rolle. Der Grund: Im Homeoffice fehlt es häufig an Scannern und vor allem an leistungsfähigen Geräten, die eine hohe Anzahl an Dokumenten in kurzer Zeit digitalisieren können.



Drucker und Scanner sind auch im Homeoffice wichtige Arbeitsmittel.

In Behörden ist eine solche Hardware jedoch unabdingbar, um den Dokumentationspflichten nachzukommen.

Eine problemlose Integration von Scannern in Dokumenten-Management-Umgebungen und die Verwaltung digitalisierter Dokumente lassen sich mithilfe verschiedener Applikationen deutlich vereinfachen. Solche Lösungen ermöglichen ein flexibles Arbeiten – egal, ob

aus dem Homeoffice oder im Büro. Dabei ist die Anbindung an die Cloud eine wichtige Voraussetzung. Neben ihrer Leistungsfähigkeit und Kompatibilität mit entsprechenden Applikationen sollten Scanner und andere Geräte auch möglichst kompakt und energieeffizient sein.

Michael Gieseke ist Category Business Development Manager Printing Solutions bei der HP Deutschland GmbH.

Anzeige



Gestern: Warten ...

Briefe aus dem Homeoffice

Jeanett Conquest

Behördenpost verschicken, ohne sie selbst drucken, frankieren und versenden zu müssen: Das ermöglicht das Angebot Print as a Service der ITEBO-Unternehmensgruppe.

Eigentlich säßen Tausende von Verwaltungsmitarbeitern gerade an ihren Büroschreibtischen – wäre da nicht die Corona-Pandemie. Nun müssen sich die meisten im Homeoffice zurechtfinden. Dabei wirft beispielsweise der Briefversand Fragen auf. Denn was im Büro leicht erledigt ist, wird nun aufwendig: Die Briefe ausdrucken, frankieren und bei der Post aufgeben. Deshalb bietet die ITEBO-Unternehmensgruppe eine Alternative: Print as a Service (Print aaS), also das Drucken als Dienstleistung. Angestellte können Anschreiben, Anhänge und Beilagen dazu mit einem Mausklick an ITEBO übermitteln. Dort kümmern sich Mitarbeiter um die Weiterverarbeitung und Produktion bis hin zur Einlieferung beim gewünschten Verteildienstleister.

Die Behördenmitarbeiter können wie gewohnt mit ihrem Text-

verarbeitungsprogramm oder Fachverfahren arbeiten. Ist das Dokument erstellt, wählen sie im Drucker-Menü einfach den Drucker Print as a Service aus. Jetzt wird ihnen angezeigt, ob das Dokument automatisiert zu verarbeiten ist und sie können noch Anlagen als PDF-Dokumente aus der E-Akte des Kunden anfügen. Abschließend übertragen sie das Dokument mit einem Klick ins Produktionsverzeichnis. Zu einem definierten Zeitpunkt werden die gesammelten Dokumente über eine verschlüsselte Verbindung ins Druckzentrum von ITEBO übertragen. Über den Auftragsstatus informiert eine Web-Oberfläche. Darüber können die Nutzer auch noch bis zum vereinbarten Abholtermin Dokumente verändern oder stornieren.

Es sind Tools wie Print aaS, die darüber entscheiden, wie effektiv das Homeoffice funktioniert. Das bestätigt der IT-Branchenverband Bitkom. Produktives und standortunabhängiges Arbeiten sei nur denkbar, wenn Büro- und Verwaltungsprozesse frei von Medienbrüchen laufen. „Corona ist auch eine Aufforderung, die Wirtschaft, die Verwaltung und das Gesundheitswesen noch entschiedener zu digitalisieren“, unterstreicht Bitkom-Präsident Achim Berg. Print aaS

ermöglicht genau das: Ein Arbeiten im Homeoffice ohne Medienbruch. „Zu den Anwendern unseres zentralen Druck-Managements zählen mittlerweile Mitarbeiter aus Jobcentern, Sozialämtern und dem Bürgerservice“, berichtet Gerald Leitke, Mitarbeiter im Geschäftsbereich Vertrieb von ITEBO. „Sie gehen damit einen wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung.“ Zeitersparnis ist dabei nur ein Vorteil von Print aaS. „Verwaltungen reduzieren mit einem zentralen Druck-Management Kosten für Drucker-Hardware und IT-Support“, so Leitke. „Zudem profitieren sie von Portorabatten und der Möglichkeit, Sendungen bei Adressgleichheit automatisch bündeln zu lassen. Auch das spart Geld.“

Für maximale Transparenz lassen sich am Monatsende Reports auf Abteilungs- und Fachbereichsebene erstellen und Kosten einzelnen Bereichen zuordnen. Auch die Datensicherheit ist gewährleistet: Die Datenübertragung ist verschlüsselt, das Datenzentrum der ITEBO-Unternehmensgruppe befindet sich in einem zutritts-gesicherten Bereich und Mitarbeiter sind dem Datenschutz verpflichtet.

Jeanett Conquest arbeitet im Bereich Marketing/Unternehmenskommunikation bei der ITEBO-Unternehmensgruppe.



Mit Print as a Service wird der Briefversand digital.



Münchner Umland erhält Glasfaser.

Deutsche Glasfaser

Kooperation in Bayern

Um den Glasfaserausbau in Bayerisch-Schwaben und im Münchner Umland voranzutreiben, arbeiten der bayerische Glasfaseranbieter M-net und das Unternehmen Deutsche Glasfaser künftig zusammen. Im Rahmen der nun vereinbarten Kooperation soll ab dem Jahr 2021 zunächst ein Ausbaugbiet von rund 60.000 Haushalten und Gewerbeeinheiten nach dem Prinzip Fiber-to-Home (FTTH) mit einem Glasfaseranschluss bis in die Wohnung oder ins Büro angebunden werden.

www.m-net.de

www.deutsche-glasfaser.de

Sternberg

Boom bei Workflow+

Das Unternehmen Sternberg verzeichnet in der Corona-Krise einen Nachfrage-Boom für das Modul Workflow+ des Gremieninformationssystem SD.NET. Zwischen 2016 und 2019 wurde das Modul laut Sternberg rund 70 Mal verkauft. 2020 seien es mehr als 80 Aufträge gewesen. „Mit dem Workflow+ stehen den Usern viele weitere Funktionen zur Verfügung, die gerade für Kommunen und Verbände nützlich sind“, erklärt Jan-Christopher Reuscher, Geschäftsführer bei Sternberg Software. So können auch Mandatsträger in den Workflow eingebunden werden, um Protokolle oder Einladungen freizugeben oder virtuelle Umlaufbeschlüsse zu fassen, meldet das Unternehmen. „Die Corona-Pandemie hat der Digitalisierung Rückenwind verliehen“, sagt Reuscher. Das haben auch einzelne Bundesländer erkannt, in denen digitale Umlaufbeschlüsse nicht erlaubt waren. Nun hätten einige Länder den Weg für digitale Beschlussfassungen freigemacht.

www.sitzungsdienst.net

PROSOZ Herten

Christian Rupp wird CDO

Neuer Chief Digital Officer (CDO) beim IT-Anbieter PROSOZ Herten ist seit dem 1. Januar 2021 Christian Rupp. Der Wirtschaftsinformatiker hat laut dem Unternehmen bereits für mehr als zehn Staaten weltweit nationale Digitalstrategien entwickelt. Zuletzt war Rupp für das Lübecker Software-Haus MACH tätig. Leslie Czienienga und Arne Baltissen, Geschäftsführer von PROSOZ Herten, erklärten: „Als ausgewiesener internationaler Experte für digitale Transformation, Open Data, Smart City und E-Government wird er unseren Kunden und uns selbst als Impulsgeber zur Seite stehen.“

www.prosoz.de



Christian Rupp wechselte zu PROSOZ Herten.

Anzeige

TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Vernetztes Jugendamt

U. Driever / A. Klemm / H. Tölle

Die Stadt Köln setzt auf die Jugendamtslösung von AKDN-sozial. Schnittstellen zu verschiedenen Verfahren ermöglichen eine effiziente Arbeitsweise auch im Homeoffice. Das Rechte- und Rollenkonzept stellt den Datenschutz sicher.

Die fachlichen und technischen Anforderungen an eine Software für das Jugendamt waren bei der Stadt Köln im Jahr 2014 derart gestiegen, dass die Ablösung der damals genutzten Anwendungen alternativlos war. Eine neue, zeitgemäße Software musste her. Im Jahr 2016 entschied sich die nordrhein-westfälische Stadt deshalb für die Lösung Fallmanagement für das Jugendamt des Anbieters AKDN-sozial. Die Web-Anwendung ermöglicht die umfassende Fallbearbeitung aller Hilfen nach dem achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII). In Köln war mit dem Fallmanagement für das Sozialamt bereits das Schwesterverfahren erfolgreich im Einsatz.

Die Arbeit in der Jugendamtssoftware beginnt in den angebotenen Fachbereichen mit der Zentralkartei, über die alle an den Hilfen beteiligten Personen erfasst und gefunden werden können. Darüber hinaus besteht eine Schnittstelle zum Einwohnermeldeverfahren der Verwaltung. Sie ermöglicht eine Datenübernahme und Aktualisierung, sowie die Anbindung an das Ausländerzentralregister. Anschließend kann für diese Personen ein Fall angelegt werden.

Des Weiteren hält die Software für die Bearbeitung der Beistandschaft alle notwendigen Daten des Kindes, der Eltern und weiterer Beteiligter vor, die jeweils in Beziehungen untereinander gesetzt werden können. Die Kernaufgaben der Beistandschaften sind Beratungen nach den Paragrafen 18 und 52a SGB VIII sowie das Führen von Beistandschaften gemäß Paragraf 1712 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Dokumente an eine Person oder an einen Fall zu speichern. Auch eigene Vordrucke können erstellt und abgelegt werden. Im Rahmen des Vordruck-Managements stehen zurzeit circa 80 fallbezogene Vorlagen zur Bearbeitung bereit, die aus dem Fall heraus mit den notwendigen Grundinformationen befüllt und im Rahmen eines Dialogmenüs ergänzt werden. Die Anwendung verfügt über eine standardisierte Schnittstelle zum Dokumenten-Management-System (DMS), über welche die Dokumente zukünftig der entsprechenden E-Akte hinzugefügt werden können.

Im Modul Beistandschaft ist es möglich, Unterhaltstitel zu erfassen und zu verwalten. Indem automatisierte Sollstellungen aus dynamischen Unterhaltstiteln generiert

werden, werden Änderungen von Düsseldorfer Tabellen, Kindergeld-erhöhungen und Alterssprünge automatisch in das System eingepflegt. Im Rahmen einer Beistandschaft vereinnahmt die Stadt Unterhaltszahlungen vom entsprechenden Elternteil oder von Drittschuldern und leitet diese unter Umgehung des städtischen Haushalts an den Unterhaltsberechtigten oder seinen gesetzlichen Vertreter weiter. Durch die Schnittstelle zur Titelverwaltung ist es möglich, Rückstands- und Anspruchsberechnungen vorzunehmen.

Um Unterhaltsansprüche zu berechnen, soll eine zusätzliche Fach-Software eingesetzt werden, die grundsätzlich auch über eine Schnittstelle mit dem Fallmanagement für das Jugendamt verbunden werden kann. Die Stadt Köln plant noch in diesem Jahr den Testbetrieb einer entsprechenden Anwendung.

Die Abteilung Beistandschaft erteilt unter anderem auch Sorgebescheinigungen. Grundvoraussetzung dafür ist die Abfrage beim zentral geführten Sorgeregister der Stadt. Dieses wurde zuvor in Form einer lokalen Datenbank vorgehalten. Eine Halbtagskraft gab telefonische Auskünfte. Das war nicht sehr effektiv und die Verwaltung

kam zu dem Schluss, dass eine neue technische Grundlage benötigt wird. Daher wurde die bisherige Lösung durch ein neu geschaffenes Register-Modul in der AKDN-sozial-Anwendung abgelöst. Nun können alle Berechtigten darauf zugreifen und Auskünfte erhalten.

Im Anschluss musste eine weitere Kernaufgabe der Beistandschaften technisch auf zeitgemäße Füße gestellt werden: Die Beurkundungen nach dem Beurkundungsgesetz (BeurkG). Das Jugendamt bietet Eltern die Möglichkeit, kostenlose Beurkundungen vorzunehmen. Das kann unter anderem eine Vaterschaftsanerkennung, eine Sorgeerklärung oder eine Unterhaltspflicht sein.

Die Abbildung der Urkunden mit zahlreichen Varianten konnte nach umfangreicher rechtlicher Vorprüfung im Kölner Sachgebiet für Grundsatzangelegenheiten der Beistandschaft erfolgen. Die Übersetzung in die entsprechenden Programmiervorgaben konnte die Fachbetreuerin des Fallmanagements für das Jugendamt über das integrierte Vordrucksystem vornehmen. Das Urkundenmodul ist seit Anfang 2021 produktiv. Bis dahin wurden Dokumente jahrelang über Word-Vorlagen erstellt und nach der Vorbereitung lokal gespeichert. Im Vertretungsfall standen sie dann nicht zur Verfügung. Dass es nun möglich ist, Dokumente auch im Homeoffice vorzubereiten und den vor Ort sitzenden Kollegen anschließend zur Verfügung zu stellen, wird deshalb sehr geschätzt.

Als die Bundesregierung aufgrund der Belastungen durch die Corona-Krise entschied, in den Mo-



Die Stadt Köln macht das Jugendamt fit für neue Arbeitsweisen.

natem September und Oktober 2020 einen Kinderbonus auszuzahlen, hat AKDN-sozial die erforderliche Berücksichtigung dieses Bonus bei der Unterhaltszahlung in der Anwendung pünktlich zur Verfügung gestellt. Das hat die Arbeit der Beistände sehr erleichtert.

Ein umfangreiches Rechte- und Rollenkonzept stellt die Absicherung der korrekten Zuständigkeiten zur Fallbearbeitung und des Datenschutzes in der Stadt Köln mit seinen neun Bezirksjugendämtern sicher. Der Vertretungsmodus innerhalb der Bezirke gewährleistet gerade in Zeiten einer angespannten Personalsituation und unter den aktuellen Corona-Einschränkungen einen reibungslosen und sicheren Ablauf.

Die Sorgeerklärung sowie Kindesunterhalt und Beistandschaft wurden als OZG-Leistungen definiert. Dazu müssen die Anträge digital gestellt werden können. Anschließend wird die Übersetzung der entgegengenommenen Daten ins Fachverfahren und die Übermittlung der Entscheidung über den Antrag via Serviceportal erfolgen. In der Lösung von AKDN-sozial besteht die Möglichkeit, benötigte

Auswertungen über SQL-Abfragen im System zu hinterlegen. Mit der Exportfunktion können die Auswertungen in gewohnten Formaten wie in Excel oder Access zu Verfügung gestellt werden. Diese liefern unter anderem die Angaben für die jährliche Bundesstatistik.

Außer dem Fachbereich der Beistandschaften arbeiten in Köln auch die Amtsvormundschaft und die Jugendgerichtshilfe bereits erfolgreich mit dem Fallmanagement für das Jugendamt. Der Allgemeine soziale Dienst (ASD) und der Gefährdungsmeldungssofortdienst (GSD) sind ebenfalls an die Software angebunden, erfassen bisher neben den personenbezogenen Daten allerdings nur solche, die für die Erstellung der Bundesstatistik nach SGB VIII erforderlich sind. Die Meldungen zu verschiedenen Teilen der Bundesstatistik werden im Verfahren per Knopfdruck erzeugt und anschließend auf den entsprechenden Portalen der IT-Landesämter hochgeladen.

Ute Driever und Annette Klemm arbeiten bei der Stadt Köln; Hubertus Tölle ist beim Unternehmen AKDN-sozial tätig.

Rechnungsprozesse optimiert Alexandra Perry

Tausende Rechnungen empfängt die Stadt Heidelberg jedes Jahr, was bisher einen enormen Verwaltungsaufwand verursacht hat. Mithilfe der Lösung x.collector von Anbieter crossinx konnte der Bearbeitungsprozess nun erheblich optimiert werden.

Bei der Stadt Heidelberg geht regelmäßig eine Flut an Rechnungen ein. Der Verwaltungsaufwand für deren Abarbeitung war bis vor einigen Jahren enorm. Die konsequente Digitalisierung des Prozesses hat das geändert und rasch zu beachtlichen Zeit- und Kosteneinsparungen geführt. Zuständig für das Projekt ist Mike Wieske, Verantwortlicher für den Bereich DV-Finanzwesen und Rechnungsangelegenheiten in der Kämmerei Heidelberg. Mit seiner Vision „Weg vom Papier!“ begann im Jahr 2016 die Umstellung, noch im selben Jahr wurde Heidelberg zum Pilotanwender für ganz Baden-Württemberg. Was damals noch niemand absehen konnte, war die strategische Weitsicht dieser Entscheidung. Denn angesichts der Corona-Pandemie zeigt sich, dass damit die richtigen Weichen in Richtung eines ortsunabhängigen Arbeitens gestellt wurden.

Der klassische Weg einer Papierrechnung an die Stadt Heidelberg sieht folgendermaßen aus: Der Brief geht in der zentralen Poststelle ein, dort sortieren Mitarbeiter die Post nach Ämtern oder Schulen und fahren die jeweiligen Sekretariate an. Dort wiederum werden die Briefe nach Abteilungen sortiert und dann auf die zuständigen Sachbearbeiter



E-Rechnungen sparen der Stadt Heidelberg Zeit und Geld.

verteilt. Nachdem diese ihre Arbeit getan haben, beginnt die Rückreise der Rechnung bis zur Kämmerei als letzter Freigabeinstanz. Das Ganze dauert im besten Fall anderthalb, im schlechtesten drei Wochen. „Das ist viel zu langsam und ineffizient,“ sagt Mike Wieske, „mein Ziel ist es, nach Rechnungseingang eine Bearbeitung am nächsten Tag sicherzustellen. Dazu brauchen wir Digitalisierung und Automatisierung.“

An dieser Stelle kommt das Rechenzentrum des kommunalen IT-Dienstleisters Komm.ONE ins Spiel, das die Datenhaltung für die Stadt übernimmt: „Über seine Server laufen die gesamten Prozesse, und es ist unser erster Vertrauenspartner in der kommunalen Verwaltung“, berichtet Wieske. Komm.ONE hat die Stadt Heidelberg beim

Pilotprojekt unterstützt und gemeinsam den Digitalisierungsprozess vorangetrieben. Dort, wo das heute bereits gelingt, profitieren die städtischen Mitarbeiter von Zeitressourcen, die sie nun ihren Kernaufgaben widmen können – und die Stadtkasse profitiert von schnelleren Buchungen und damit einhergehenden Skonto-Vorteilen.

Ein großer Prozentsatz der eingehenden Rechnungen kam bereits im Jahr 2016 in elektronischer Form in der Stadtverwaltung Heidelberg an. Doch erst seit dem Einsatz der Lösung x.collector von Anbieter crossinx können diese Rechnungen auch unkompliziert elektronisch angenommen werden. Dafür notwendig war eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit des Software-Anbieters mit dem kommunalen Rechenzen-

trum. crossinx bietet bei diesem Vorgang eine Volldigitalisierung; statt einer einfachen OCR-Texterkennungslösung findet ein spezifisches Auslesen der relevanten buchhalterischen Informationen statt, was zu einer guten Qualität der generierten Datensätze führt. Dieser äußerst sichere Prozess läuft von Montag bis Freitag jeweils über Nacht. Die Zeiten mühsamer manueller Vorarbeit sind damit vorbei: Sämtliche Rechnungen landen direkt und automatisiert im SAP-basierten ERP-System sowie im Workflow-Prozess der Firma WMD zur weiteren Bearbeitung durch die Kämmerei. Der Software-Hersteller WMD hatte mit seinem Produkt xSuite bei der damaligen Ausschreibung von Komm.ONE den Zuschlag erhalten, den Rechnungseingangs-Workflow – mit den Vorschlagskontierungen und den Freigabeprozessen – innerhalb des ERP-Systems zu implementieren.

„Die Einführung des neuen Systems und das Einrichten der Schnittstellen sind insgesamt zügig und reibungslos verlaufen“, erinnert sich Wieske. Seit der Umstellung empfängt Heidelberg die Rechnungen im so genannten elektronischen Rechnungseingangsbuch. Die Datenverteilung wird im Rechenzentrum von Komm.ONE durchgeführt. Die Stadt musste keine Änderungen am System vornehmen. Sowohl Rechenzentrums- als auch On-Premise-Kunden genießen eine Anbindung ohne vorherige Änderungen an Firewalls oder anderen Systemen. Über das Portal x.collector kann die Stadt zudem automatisiert Einladungen an ihre Lieferanten versenden, um diese zu motivieren, Rechnungen künftig elektronisch einzureichen.

Durch die Möglichkeit, E-Rechnungen anzunehmen und diese digital weiterzuverarbeiten, entstehen für die Stadt Heidelberg erhebliche zeitliche Vorteile: Eine korrekt eingeleseene Rechnung geht direkt ins zuständige Fachamt. Da das Vier-Augen-Prinzip herrscht, prüfen bis zu zwei Sachverständige die Rechnung, die Kontierungsstelle weist sie dem entsprechenden Konto zu. Die Kämmerei bleibt dabei stets die oberste Instanz, welche die allerletzte Prüfung und schließlich die Freigabe vornimmt. „Momentan benötigen wir vom digitalen Rechnungseingang bis zur Freigabe im Durchschnitt drei Arbeitstage im Vergleich zu anderthalb bis drei Wochen im Papierformat“, berichtet Mike Wieske. „Das sichert uns oft Skonto, das uns sonst verloren gegangen wäre. Mein Ziel ist es allerdings, in Zukunft bereits einen Tag nach Eingang die Freigabe zu erteilen.“ Kleinere Probleme bereiten mitunter (zu) große Datenmengen, etwa bei den Rechnungen von Reinigungsfirmen, die ihre Rapportzettel – also ihre Zeiterfassung – gleich mit einreichen. crossinx hilft in solchen Fällen unbürokratisch mit einem temporären Hochsetzen des Datenvolumens.

Bis zum Erreichen des Ziels, Rechnungen einen Tag nach Eingang freizugeben, hat die Stadt Heidelberg noch eine Strecke Wegs vor sich – und die Mitarbeiter wollen mitgenommen werden. Gerade ältere Mitarbeiter stehen der Digitalisierung eher skeptisch gegenüber, so die Erfahrung von Mike Wieske. Hier brauche es viel Aufklärungsarbeit und ansteckende Begeisterung, damit auch diese Verwaltungskräfte den Wandel mitgehen, denn dieser

verändere Arbeitsinhalte und Verantwortlichkeiten. „Heute haben wir etwa 300 Fachkräfte, die Rechnungsfreigaben im System erteilen; nach der Umstellung werden es über 1.200 sein“, erläutert er. Unter Federführung der Kämmerei sollen 2021 über 40 Ämter, 35 Schulen und 25 Kindergärten der Stadt Heidelberg auf den digitalen Rechnungseingang umgestellt werden. „Mit der Lösung von crossinx konnten wir bereits einige unserer Prozesse automatisieren und die internen Abläufe vereinfachen. Das führte dazu, dass unsere Mitarbeiter mehr Zeit für die Anliegen unserer Bürger haben. Das Erfolgskonzept möchte ich gerne zügig weiter ausrollen, damit wir unserem Ziel einer digitalisierten und vernetzten Kommune einen großen Schritt näherkommen“, so Wieske.

Positiver Nebeneffekt der frühzeitig eingeleiteten Digitalisierung: Die Stadt Heidelberg war so bestens vorbereitet auf die EU-Richtlinie 2014/55/EU, die die öffentliche Verwaltung europaweit dazu verpflichtet, ihre Rechnungen elektronisch zu bearbeiten. In Deutschland geschah die Umstellung in zwei Stufen: Bereits seit April 2020 sind Kommunen, Behörden und andere Stellen der öffentlichen Verwaltungen verpflichtet, elektronische Rechnungen annehmen und verarbeiten zu können. Im November 2020 erfolgte die zweite Stufe: Seitdem müssen Lieferanten und Rechnungssteller des Bundes ihre Rechnungen elektronisch – in der Regel im XRechnungsformat – stellen.

Alexandra Perry ist zuständig für die Pressearbeit der crossinx GmbH, Frankfurt am Main.

Digital die Lage prüfen

Die Stadt Köln bietet den Bürgern jetzt online eine geobasierte Grundstücksinformation an. Der Service gibt Auskunft zu Flur- und Grundstücken sowie deren Lage und Umgebung.

Mit der Lösung Grundstücksinformation Online steht in Köln nun ein umfassender geobasierter Service rund um Flur- und Grundstücke sowie deren Lage und Umgebung im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung. Wie die nordrhein-westfälische Stadt mitteilt, stellt der neue Service vielfältige Informationen zu allen Grundstücken in Köln zur Verfügung. Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt: „Durch die Integration und Vernetzung von Datenbeständen aus der gesamten Verwaltung ist eine umfassende Information zu planungsrechtlichen Themen, aber auch zu kulturellen Angeboten oder der Infrastruktur zu einem Grundstück und dessen Umgebung möglich. Als ein weiteres Ergebnis der Verwaltungsreform und als Baustein der städtischen Digitalisierungsstrategie ermöglicht die neue Lösung Grundstücksinformation Online den Nutzerinnen und Nutzern, transparent und einfach auf vielfältige Informationen zu Grundstücken auf Kölner Stadtgebiet sowie deren Umgebung zuzugreifen. Die Lösung kann dabei im Sinne eines digitalen Bürger-services zum komfortablen Abruf von Informationen auf Knopfdruck genutzt werden, stellt aber auch zusätzliche Experten-Werkzeuge für Nutzerinnen und Nutzer, etwa



Neuer Online-Service informiert über Grundstücke in Köln.

potenzielle Investoren, bereit, um die Daten beispielsweise räumlich zu filtern und zu analysieren.“

Zum Start des stetig wachsenden Datenbestands werden nach Angaben aus Köln rund 80 grundstücksrelevante Informationen angeboten. Die Palette reiche von Basisinformationen – unter anderem rechtskräftige Bebauungspläne, Aufstellungsbeschlüsse oder Fluchtlinienpläne – über baurechtliche Informationen, etwa Baulandumlegungen, Veränderungs-sperren oder Ortssatzungen, bis hin zu den jeweiligen Bodenrichtwerten oder den Lärmpegeln zu Tag- und Nachtzeiten. Letztere differenziert nach Lärmquellen wie Flughafen, Straße oder Bahn. Als besonderer Service werden mit der Grundstücks- oder Flurstücksuche weitergehende Informationen zur Lage und zur Infrastruktur in der Umgebung angeboten. So können sich Nutzer je nach Interesse, Le-

benslage oder Fachaufgabe ergänzend zu den grundstücksscharfen Angaben weitere ortsbezogene Auskünfte einholen: von der Anbindung an den Personennahverkehr, über Schulen und Kitas bis hin zu Kultureinrichtungen und Bibliotheken. Diese Informationen würden differenziert nach Arten, Formen und Trägern angezeigt. Kaufinteressenten oder Investoren finden zudem demografische Daten wie die Altersstruktur oder die durchschnittliche Wohndauer in einem Stadtteil. Grundstücksinformation Online soll sowohl mit Basiswerkzeugen für Einsteiger als auch mit erweiterten Funktionen für Fachleute angeboten werden. Der neue Service bietet laut der Stadt großes Ausbaupotenzial. Die Kommune bittet die Nutzer daher um aktive Mitgestaltung. Dazu sei ein Feedback-Kanal integriert, über den Kritik, Fragen, Anregungen und Ideen eingebracht werden können. (co)

Meilenstein für die Digitalisierung der Schulen im Landkreis Börde

Schule digital – unter diesem Motto unterzeichneten im Februar der Landkreis Börde und der technologische Partner und Netzbetreiber des Giganetzes, die DNS:NET Internet Service GmbH, 24 Verträge für Sekundar- und Förderschulen, berufsbildende Schulen und Gymnasien, Sport- und Mehrzweckhallen sowie andere öffentliche Einrichtungen in Trägerschaft des Landkreises Börde.



Mit der Vereinbarung soll die Digitalisierung der Schulen und öffentlicher Einrichtungen maßgeblich vorangetrieben werden. Mit einem Kreistagsbeschluss hatte sich der Landkreis Börde verpflichtet, seine Schulen an die kommunalen Giganetze der acht ARGE-Gemeinden anzuschließen. Am 20. Januar 2021 wurden die Verträge über die Bereitstellung der Internetdienstleistungen an den Netzbetreiber übergeben. Auf dieser Grundlage können alle Landkreis-Schulen in den acht Gemeinden nacheinander ans Glasfasernetz gehen. Die DNS:NET Internet Service als Spezialist für den Breitbandausbau und Erschließung bislang unterversorgter Regionen mit Glasfaser ist Partner und Netzbetreiber für das Giganetz.

Insgesamt fünfzehn der Schulverträge garantieren den Schülern symmetrische Gigabit-Internetleitungen. Hinsichtlich der aktuellen Anforderungen an einen digitalen Schulbetrieb und an die Anforde-

rungen beim Home-Schooling sind 1.000 Mbit/s Download und 1.000 Mbit/s Upload eine willkommene Unterstützung. Die ersten derartigen Glasfaseranschlüsse werden in den Einheitsgemeinden Stadt Oschersleben (Bode) und Stadt Oebisfelde-Weferlingen aktiviert.

„Es erfüllt mich mit Stolz, dass wir das kommunale Glasfasernetz konsequent und Hand in Hand realisieren. Umgesetzt vor Ort wird dieses Netz vor allem durch das Engagement der Bürgermeister, der Gemeinderäte, der Bauämter und der Einwohner, die für ihr eigenes Giganetz gekämpft haben und dieses mitformen. Die Digitalisierung generell und nicht nur im Bildungsbereich benötigt Glasfasernetze, je eher desto besser“ so brachte es der Landrat des Landkreises Börde, Martin Stichnoth, auf den Punkt.

Holger Haupt, Breitbandkoordinator der ARGE Breitband erläutert: „Mit der Gründung der ARGE als eine interkommunale Gemeinschaft und dem Abschluss der Vorverträge konnten die Voraussetzungen für den heutigen Tag geschaffen werden. Die Finanzierung des Glasfasernetzes übernehmen hier die acht Gemeinden und der Bund. Das kommunale Giga-Netz und der digitale Zugang der Schulen sind ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse.“

Friederike Hecht, Leiterin des Amtes für Bildung und Kultur beim Landkreis Börde: „Die Pandemie deckt die Schwachpunkte schonungslos auf. Umso mehr sind wir als Schulträger den Gemeinden der ARGE-Breitband und dem Netzbetreiber für die Erschließung der Schulen mit Glasfaseranschlüssen und der Versorgung mit Breitbanddiensten dankbar. Unser Augenmerk richtet sich nun parallel auf die technische Verbesserung innerhalb der Schulgebäude aus. Neben der glasfaserbasierten Internetanbindung sollen die Schulgebäude auch mit einer WLAN-Funkversorgung ausgestattet werden.“

Stefan Holighaus, Geschäftsleitung der DNS:NET stellt fest: „Glasfaseranschlüsse mit Gigabitgeschwindigkeiten sind für Schulen und Bildungs- sowie öffentliche Einrichtungen im Bundesvergleich tatsächlich leider noch kein Standard. Umso mehr begrüßen wir es, dass die ARGE Breitband und der Landkreis Börde von Anfang an auf zukunftssichere Technologien gesetzt haben. Als Netzbetreiber des kommunalen Giganetzes freuen wir uns, dass nun die 24 Institutionen und Schulen mit Gigabittempo ans Netz gehen werden und realisieren dies durch den Anschluss an unseren Glasfaserring. In Folge sollten dann alle Bildungseinrichtungen des Landkreises von gleichen Bedingungen in puncto Infrastruktur profitieren, denn Glasfaser Für Alle sollte zur Grundversorgung bei Lehre, Bildung, Freizeit und Arbeit werden.“

Daten/Fakten zum ARGE-Glasfasernetz: www.giganetz-boerde.de

Beim Ausbau Gas geben

Daniel Seufert

Beim Glasfaserausbau drückt Deutschland laut der aktuellen Marktanalyse des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) aufs Tempo. Mit einer gezielten Förderpolitik und unbürokratischen Genehmigungsverfahren kann der Ausbau weiter Fahrt aufnehmen.

Deutschland ist beim Glasfaserausbau auf der Überholspur. So lautet die zentrale Botschaft der Marktanalyse 20 des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO). Der Anteil der Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude und Wohnungen an allen Breitband-Anschlüssen ist bis Ende 2019 auf 13,5 Prozent gestiegen. Bis Ende 2023 prognostiziert die Marktanalyse einen Anstieg auf insgesamt 22 Millionen Glasfaseranschlüsse – 14,1 Millionen davon gebaut von Wettbewerbern der Telekom. Der BREKO vertritt aktuell 215 dieser alternativen Netzbetreiber. Sie sind heute für 60 Prozent der in Deutschland verfügbaren Glasfaseranschlüsse verantwortlich. Die Unternehmen, zu denen auch viele Energieversorger und Stadtwerke gehören, bauen und betreiben hochleistungsfähige Glasfasernetze bis in die Gebäude und Wohnungen und damit eine zukunftsfähige und nachhaltige digitale Infrastruktur für schnelles Internet.

Wie die BREKO-Marktanalyse zeigt, haben seit Beginn der Coronapandemie 49 Prozent der Bestandskunden der Netzbetreiber ein Tarif-Upgrade mit höherer Bandbreite gebucht. Auch bei 43 Prozent der Neukunden stellten die Netzbetreiber einen Bedarf an höherwertigen

Anschlussprodukten fest. Die Zuverlässigkeit und Stabilität sowie die Download- und Upload-Bandbreite sind für Privat- und Geschäftskunden in der aktuellen Situation besonders wichtig geworden. Für Geschäftskunden ist zudem die Sicherheit bei der Datenübertragung von großer Bedeutung.

Dass ein hochleistungsfähiger Internet-Zugang in der Pandemie systemrelevant geworden ist, steht laut BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers fest: „Unsere Netzbetreiber leisten einen wichtigen Beitrag, dass unsere digitale Infrastruktur stabil funktioniert. Dieser Verantwortung sind sich die Unternehmen bewusst. Die vergangenen Monate haben noch einmal unterstrichen: Wir brauchen zukunftssichere Glasfasernetze. Sicherheit und Stabilität, einige der Vorzüge von Glasfaser, werden immer wichtiger. ‚Fiber to the Homeoffice‘ wird Realität. Wichtig ist zudem, dass Glasfasernetze nicht nur leistungsfähiger sind als alle anderen Netze, sondern durch einen deutlich verminderten Stromverbrauch im Vergleich zu herkömmlichen Kupfernetzen auch die nachhaltigste digitale Infrastruktur darstellen und somit zum Klimaschutz beitragen.“



Der Bedarf an höheren Bandbreiten wächst stetig.

Der Ausbau der Glasfasernetze erfolgt in erster Linie und vorrangig eigenwirtschaftlich. Dabei übernimmt ein Telekommunikationsunternehmen Kosten und Verantwortung für den Ausbau vor Ort und refinanziert die Investitionskosten durch die monatliche Gebühr des Kunden für den schnellen Internet-Anschluss. Beim geförderten Ausbau, der ergänzend in solchen Regionen zum Einsatz kommt, in denen die Internet-Versorgung besonders schlecht ist und ein eigenwirtschaftlicher Ausbau auch mittelfristig nicht rentabel wäre, werden öffentliche Finanzmittel und damit Steuergelder eingesetzt. Mit dem Einsatz staatlicher Mittel wird die Lücke geschlossen, die aufgrund der fehlenden Wirtschaftlichkeit eines Ausbaus besteht.

In der Diskussion ist aktuell aber die Ausgestaltung der so genannten Graue-Flecken-Förderung. Damit

sollen im ersten Schritt solche Gebiete staatlich gefördert werden können, in denen heute noch keine Bandbreiten von mehr als 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verfügbar sind. Deutliche Erweiterungen der Fördermöglichkeiten sind ab dem Jahr 2023 geplant. Das neue System bedeutet eine starke Ausweitung der bisherigen Breitband-Förderung, die sich auf besonders schlecht versorgte Gebiete – die weißen Flecken – konzentrierte.

Der BREKO und andere Verbände der Telekommunikationswirtschaft sehen das äußerst kritisch. In einem Schreiben an die Bundesregierung von Mitte November 2020 legten die Verbände dar, dass es durch die geplante Graue-Flecken-Förderung zu einem unkontrollierten Ansturm auf die Mittel für Kommunen kommen werde. Das werde zum einen den Ausbau verlangsamen, da geförderte Projekte sehr aufwendige Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren nach sich ziehen, zum anderen die Tiefbaukapazitäten weiter verknappen und deren Kosten in die Höhe treiben. Tiefbauarbeiten beanspruchen schon jetzt rund 80 Prozent der anfallenden Kosten beim Glasfaserausbau.

Statt auf das Gießkannenprinzip zu setzen, spricht sich der BREKO daher für eine gezielte und wohl dosierte Förderung aus, die nur dort zum Einsatz kommen soll, wo die Ausbaulage besonders schlecht und ein eigenwirtschaftlicher Ausbau auch mittelfristig nicht möglich ist. „Geld allein baut keine Glasfasernetze und ist im Markt durch den Einstieg zahlreicher Investoren auch in ausreichendem Maße vorhanden“, sagt BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers. „Bei der zukünftigen

Gigabitförderung sollte die Bundesregierung ein abgestuftes und zeitlich gestaffeltes System im Sinne einer intelligenten Steuerungslogik vorsehen. Die Abstufung hat das Ziel, Förderaktivitäten zunächst auf besonders schlecht versorgte Regionen zu fokussieren. Zudem sollte die pro Jahr bereitgestellte Gesamtfördersumme auf maximal eine Milliarde Euro begrenzt sein. So kann vermieden werden, dass zeitgleich sehr viele geförderte Projekte initiiert werden, die auf die knappen Tiefbauressourcen zugreifen, was zu Preissteigerungen ohne vermehrten Ausbaueffekt für die Bürger und Unternehmen führen würde.“

Auch die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren muss vorangetrieben werden. Hier geht noch viel Zeit verloren, da die notwendigen Verfahren bei den verschiedenen Behörden – neben den Wegerechten sind zum Beispiel naturschutz-, denkmalschutz- und wasserrechtliche Belange zu berücksichtigen sowie verkehrsrechtliche Anordnungen notwendig – sehr langwierig sind und die Anträge meist noch analog in Papierform erstellt werden müssen. An dieser Stelle kann die aktuelle Novelle des Telekommunikationsgesetzes Abhilfe schaffen und für mehr Planungssicherheit bei den ausbauenden Unternehmen sorgen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung von Mitte Dezember 2020 enthält neben einer vereinfachten Fristenregelung auch das vom BREKO seit Längerem geforderte One-Stop-Shop-Prinzip: Aufgabe der koordinierenden Stelle, die aus BREKO-Sicht am besten auf Ebene der Kreise oder kreisfreien Städte eingerichtet werden sollte, ist es, dafür Sorge zu tragen, dass alle erforderlichen Genehmigungen

für den Glasfaserausbau gemeinsam ergehen. Klar ist aber auch, dass die Verfahren nur dann beschleunigt werden können, wenn den Genehmigungsbehörden durch die Unterstützung von Bund und Ländern die entsprechenden personellen und technischen Ressourcen bereitgestellt und die Genehmigungsprozesse digitalisiert werden.

Um noch mehr Geschwindigkeit in den Glasfaserausbau zu bekommen und die knappen Tiefbaukapazitäten effizient einzusetzen, muss in den Kommunen darüber hinaus die Akzeptanz für den Einsatz alternativer Verlegemethoden deutlich gesteigert werden. So können beispielsweise mit einer besonderen Technik schmale Gräben oder Schlitzte in geringer Tiefe in den Boden gefräst, und in diese dann die Leerrohre und Glasfaserkabel eingebracht werden. Verlegearten wie Fräsen, (Spül-) Bohrungen oder Pflugtechnik haben in der praktischen Anwendung zu einer ähnlichen Qualität wie im konventionellen Tiefbau geführt. Bei vergleichsweise geringem Bauaufwand können innerhalb kurzer Zeit längere Glasfaserstrecken verlegt werden. Die Bauämter vor Ort sollten verstärkt über diese Möglichkeiten aufgeklärt werden, damit sie in der Praxis künftig deutlich häufiger zur Anwendung kommen.

Daniel Seufert ist beim BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. Referent für Bundespolitik & Kommunikation.

Link-Tipp

Die Breko-Marktanalyse20 steht hier zum Download bereit:

- <https://brekoverband.de/themen/breko-research/marktanalyse>

Alle werden angebunden

Kristina Sinemus

Nachdem Hessen in den vergangenen Jahren den marktgetriebenen Mobilfunkausbau erfolgreich vorangetrieben hat, wurde ein eigenes Förderprogramm gestartet, um die letzten weißen Flecken zu schließen. Den Kommunen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

An die Optimierung der digitalen Infrastruktur mag man beim „Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung“ sicher nicht zuallererst denken. Und doch diente die Gesetzesänderung vom Juni 2020 genau dieser wichtigen Aufgabe. Als erstes Bundesland überhaupt verbesserte Hessen damit unter anderem die unmittelbaren baulichen Rahmenbedingungen beim Mobilfunkausbau – durch eine Verringerung von Abstandsflächen sowie eine Erhöhung der nicht genehmigungspflichtigen Masthöhe. Zusätzlich zu vielen weiteren Maßnahmen wird der marktgetriebene Ausbau durch die Mobilfunknetzbetreiber so direkt und maßgeblich unterstützt. Diese begrüßten die Vorreiterrolle, die Hessen damit im bundesweiten Vergleich einnimmt. Das ambitionierte Vorgehen reduziert nicht nur den Genehmigungs- und Verwaltungsaufwand, sondern erhöht zudem die Planungssicherheit. Gleichzeitig ließ die Initiative bereits erkennen, dass der Hessischen Landesregierung der Mobilfunkausbau ein besonderes Anliegen ist und sie bereit ist, dafür neue Wege zu gehen.

Dabei könnte Hessen eigentlich die Hände in den Schoß legen, denn 99,8 Prozent der Haushalte

im Land sind mit LTE versorgt. Zudem liegt der Mobilfunkausbau maßgeblich beim Bund. Dennoch hat die Hessische Landesregierung große Handlungspotenziale erkannt und daraus Maßnahmen abgeleitet. Und obwohl sie im Sinne eines effizienten Einsatzes von Steuermitteln Vorrang haben, beschränken sich die Maßnahmen keineswegs auf die eigenwirtschaftlichen Ausbauaktivitäten von Telekom, Vodafone, Telefónica und Co.

Denn der Markt kann naturgemäß nur dort ausgebaut werden, wo es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Dünn besiedelte Gebiete, beispielsweise im ländlichen Raum, können so unter Umständen jedoch nicht adäquat versorgt werden. Ein Umstand, den die Landesregierung im Sinne der dort lebenden Bürger mit aller Kraft bekämpft. Keine Kommune und kein Ortsteil soll sich abgehängt fühlen.

Um auch die letzten weißen Flecken mit mobilem Internet zu versorgen, hat Hessen als zweites Bundesland nach Bayern in den vergangenen Monaten mit großem Engagement ein Mobilfunkförderprogramm erarbeitet und finalisiert. Mit der kürzlich erfolgten

Notifizierung der Förderrichtlinie durch die EU-Kommission ist für das hessische Förderprogramm nun auch offiziell der Startschuss gefallen. 50 Millionen Euro stellt die Landesregierung in diesem Rahmen zur Verfügung – bis zu 300 neue Mobilfunkmasten können damit entstehen und die Bürger in unzureichend versorgten Gegenden mobil besser anbinden.

Den Kommunen kommt im Rahmen des Förderprogramms eine entscheidende Rolle zu: Die lokale Expertise der kommunalen Vertreter vor Ort ist unersetzlich. Sie kennen die Gegebenheiten am besten – beispielsweise Grundstückseigentümer potenzieller Maststandorte – und tragen so zum Erfolg der Förderprojekte bei. Dabei können sich die Kommunen der direkten Unterstützung des Landes sicher sein, denn Hessen flankiert das Förderprogramm mit zahlreichen Unterstützungsformaten. So wurde beispielsweise ein Leitfaden erarbeitet, der Schritt für Schritt Orientierung im Förderprozess bietet, und mit zahlreichen kommunalen

Link-Tipp

Zum zentralen Mobilfunkportal des Landes Hessen:

• www.mobilfunk-hessen.de

Vertretern wurden bereits Online-Seminare durchgeführt. Der Leitfaden, ein Film zu den wichtigsten Schritten im Förderverfahren sowie alle weiteren wichtigen Informationen und relevanten Ansprechpartner finden sich gebündelt auf einem neu eingerichteten zentralen Mobilfunkportal.

Um bei der Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Hessen keine Zeit zu verlieren, können die betroffenen Kommunen ab sofort die ersten Schritte im Förderprozess gehen. Als wichtige Voraussetzung für die Förderfähigkeit einer Kommune ist zunächst zu klären, ob sie überhaupt in einem so genannten weißen Fleck liegt. Das kann mithilfe einer digitalen Weiße-Flecken-Karte auf dem Mobilfunkportal vorab geprüft werden. Basis für diese Karte ist die Sprachmobilfunk-Versorgung (2G). Gefördert werden darf nur, wenn keiner der drei Mobilfunknetzbetreiber vor Ort nicht wenigstens mit einem 2G-Netz verfügbar ist – und wenn die Mobilfunknetzbetreiber auch in den

nächsten drei Jahren keinen Ausbau planen. Um das herauszufinden, ist in einem der ersten Schritte ein Markterkundungsverfahren durchzuführen. Mit der beim Breitbandbüro Hessen angesiedelten Kompetenzstelle Mobilfunk wurde landesweit eine entsprechende Anlaufstelle geschaffen, die den interessierten Kommunen bei Rückfragen zur Verfügung steht und sie vom ersten Tag an tatkräftig unterstützt.

Initiativen wie die Änderung der Hessischen Bauordnung oder die Konzeption eines umfassenden Mobilfunkförderprogramms sind in Hessen keine Einzelmaßnahmen. Sie folgen einer langfristigen und nachhaltigen Strategie. So ist die Weiterentwicklung der Mobilfunkinfrastruktur neben den Bereichen Festnetz und WLAN eines der drei zentralen infrastrukturellen Ziele der im Jahr 2018 veröffentlichten Gigabitstrategie für Hessen. Bereits wenige Monate später wurde gemeinsam mit den drei großen Mobilfunknetzbetreibern Deutsche Telekom, Vodafone und Telefónica

ein Maßnahmenpaket „Zukunftsfähige Mobilfunkversorgung in Hessen“ (Mobilfunkpakt Hessen) geschlossen, das zehn konkrete Vorhaben zur Incentivierung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus beinhaltet. In diesem wurden unter anderem die Modernisierung von 4.000 Mobilfunkstandorten sowie die Neuerrichtung von weiteren 800 Masten vereinbart. Bis zum dritten Quartal 2020 wurden bereits 276 neue Masten gebaut und weitere 3.753 Masten modernisiert. Jeden Tag werden somit irgendwo in Hessen mehr als fünf Mobilfunkstandorte neu errichtet oder modernisiert.

Das nun startende Mobilfunkförderprogramm wird diese positive Entwicklung weiter unterstützen. Die weißen Flecken werden somit nach und nach verschwinden und insbesondere die Kommunen im ländlichen Raum angebunden werden.

Professorin Dr. Kristina Sinemus ist Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung.

Alle reden.

Über Digitalisierung, über Breitband, über smarte Cities, über die Zukunft, über ...

Wir machen.

Und kümmern uns um den Glasfaserausbau. Auch in Ihrer Region.

Echte FTTH-Glasfaser.

Für die Zukunftssicherheit unserer Kommunen.

Jetzt informieren!

deutsche-glasfaser.de/kommunen

Vorreiter im ländlichen Raum

Thomas Fuchs

Glasfaser flächendeckend bis in jedes Haus will der Neckar-Odenwald-Kreis bieten – und zwar schneller als von der Bundesregierung vorgesehen. Als ländlicher Raum mit Weitblick setzt die Kommune auf den privatwirtschaftlichen Ausbau.

Wie wichtig leistungsfähige Breitband-Infrastrukturen und die Digitalisierung für alle Lebensbereiche sind, zeigt mit aller Heftigkeit die Coronapandemie. Die Frage lautet deshalb nicht mehr ob, sondern wann und wie rasch in die Glasfaser investiert wird? Neue Wege beschreitet hierzu eine bundesweit bislang einzigartige Kooperation im baden-württembergischen Neckar-Odenwald-Kreis: Bis zum Jahr 2024 will dieser gemeinsam mit der Breitbandversorgung Deutschland (BBV) und dem hinter dem Netzbetreiber stehenden britischen Investor Infracapital die Zukunftstechnologie im gesamten Kreis flächendeckend bis in jedes Haus bringen. Das Besondere: Der Ausbau wird komplett ohne Fördermittel und staatliche Gelder privatwirtschaftlich finanziert. Das Vorhaben ist somit eine wichtige Blaupause für den beschleunigten Glasfaserausbau und die schnellere Digitalisierung im ländlichen Raum.

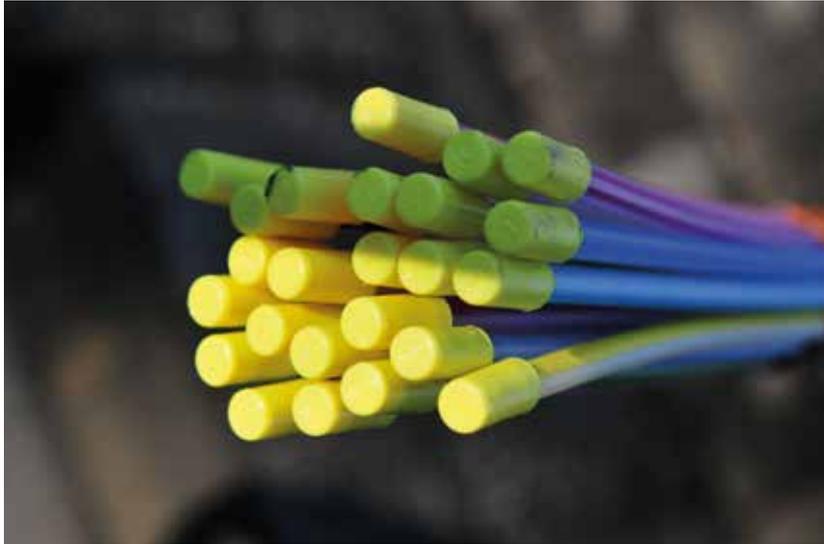
Gigabitnetze gelten als Basis für die schrittweise Ausgestaltung der digitalen Gesellschaft und sollten allen Bürgern, Unternehmen und Institutionen zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung strebt daher bis zum Jahr 2025 den Ausbau von Gigabitnetzen in jeder Region und

jeder Gemeinde an. Die meisten Experten erwarten allerdings, dass sich dieses ehrgeizige Ziel erst in zehn oder mehr Jahren realisieren lässt. Zum einen fehlen Tiefbaukapazitäten, zum anderen beschleunigen staatliche Fördermaßnahmen die Nachfrage und führen zu steigenden Ausbaurkosten. Auch sind die Genehmigungszeiten zu lang und die in den vergangenen Jahren mit hohem Aufwand großflächig geförderte Aufrüstung der Kupferinfrastrukturen via Vectoring blockiert die Glasfasernachfrage großer Bevölkerungsteile zusätzlich.

Nicht so lange warten wollen der Neckar-Odenwald-Kreis und die BBV Deutschland. Im engen Schulterschluss mit allen 27 Kommunen wollen sie erreichen, dass der gesamte Landkreis bis 2024 mit Glasfaser bis in jedes Haus versorgt wird. Ein anspruchsvolles Ziel, das so noch niemand angestrebt hat. Denn es geht um die Versorgung von knapp 44.000 Gebäuden und eine Gesamtfläche von mehr als 1.100 Quadratkilometern bei nur 144.000 Einwohnern. Die geschätzten Investitionskosten von 125 Millionen Euro bringt die BBV mittels ihres Gesellschafters Infracapital privatwirtschaftlich auf. Damit setzen die Beteiligten ein wichtiges Zeichen für den privat-

wirtschaftlichen Glasfaserausbau in ganz Deutschland, der ökonomisch immer Vorrang vor der staatlichen Förderung mit Steuergeldern haben sollte. „Wir konzentrieren uns auf Unternehmen, die auf den Glasfaserausbau spezialisiert sind“, erklärt Jürgen Hansjosten, Geschäftsführer der Infracapital Deutschland Holding, der deutschen Tochter von Infracapital. „Der Neckar-Odenwald-Kreis ist für alle Beteiligten und uns ein Leuchtturmprojekt, auf das derzeit viele – von der Politik bis hin zur gesamten Glasfaserbranche – mit großem Interesse schauen. Denn der neue Ansatz des flächendeckenden Glasfaserausbaus eines gesamten Landkreises bis in jedes Gebäude ist innovativ und verspricht viel früher zum Ziel bundesweit überall verfügbarer Gigabitnetze zu kommen.“

Im Vergleich zu vielen anderen kam der Neckar-Odenwald-Kreis im Breitband-Bereich bislang recht gut durch die Pandemie. Dank einer vorausschauenden Ausbaupolitik des Kreises und seiner Kommunen stehen seit dem Jahr 2018 für mehr als 97 Prozent aller Anschlüsse (über 65.000 Haushalte) mit den ausgebauten Kupferinfrastrukturen Geschwindigkeiten von bis zu 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) im



Im Neckar-Odenwald-Kreis kommt die Glasfaser bis ins Haus.

Down- und bis zu 40 Mbit/s im Upload bereit. Mit dieser Leistungsfähigkeit belegen die Neckar-Odenwälder in der Breitband-Versorgung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg einen Spitzenplatz. Allerdings haben Kupferinfrastrukturen angesichts der neuen Gigabitnetze eine zeitlich sehr begrenzte Zukunft. Landrat Achim Brötel sieht in dem neuen Ausbaivorhaben deshalb eine Jahrhundertchance für die Kommunen: „Wir erhalten wahrscheinlich als erster Flächenlandkreis im ländlichen Raum bundesweit einen Glasfaseranschluss direkt für jedes Gebäude.“ Basis für das Gelingen des Projekts ist die enge Kooperation aller Beteiligten. So unterstützt der Landkreis die BBV bei der Entwicklung eines landkreisweit flächendeckenden Konzepts, damit alle Kommunen gleichermaßen vom Glasfaserausbau profitieren. Zudem kann die BBV Synergieeffekte nutzen und muss nicht für jede einzelne Gemeinde alle Planungs- und Marketing-Phasen durchlaufen. Eine klassische Win-win-Situation für alle – auch für die Bürger und Gewerbebetriebe.

Voraussetzung für den Ausbau im Landkreis sind die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens sowie eine gewisse Mitwirkungsbereitschaft der Hauseigentümer und Unternehmen. Bis Ende März 2021 läuft die Vorvermarktung der Glasfaser. Auch hier geht die BBV neue Wege: So galt bisher beim privatwirtschaftlichen Ausbau eine Vorvermarktungsquote um die 40 Prozent als Basis. Aufgrund des langfristigen Investitionsansatzes des Investors Infracapital startet der Ausbau im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen bereits bei 20 Prozent. Das entspricht rund 14.000 Haushalten. Und das Erreichen dieses Ziels rückt näher: Mitte Januar hatten sich trotz pandemiebedingt widriger Vermarktungsbedingungen schon mehr als ein Drittel der notwendigen Haushalte und Unternehmen für das Angebot der BBV Deutschland entschieden. Wenn das Ziel erreicht ist und der Ausbau feststeht, rechnet die BBV mit einem weiteren Nachfrageschub, da viele potenzielle Kunden noch abwarten.

Darüber hinaus leben das Unternehmen und Infracapital den Open-Access-Gedanken. Der Zu-

gang zum marktüblichen Preis auf ein großes, zusammenhängendes Netz ist für viele Breitband-Anbieter interessant, um eigene Dienste zu vermarkten. Langfristig sind so Penetrationsraten von 60 bis 70 Prozent oder mehr durchaus realistisch.

Bis zum Ende der Vorvermarktung sind der Haus- und Glasfaseranschluss sowie die ersten zehn Meter Ausbau von der Grundstücksgrenze bis zum Gebäude für die Kunden in der Regel kostenlos. Die BBV vermarktet über ihr Glasfasernetz unter der Marke *toni* Internet-, Telefonie- und TV-Dienste. Gemeinsames Kennzeichen aller angebotenen *toni*-Internet-Produkte sind deren symmetrische Geschwindigkeiten.

Das allgemeine Verständnis für die Notwendigkeit der Glasfaser ist durch Corona deutlich gewachsen. So zieht nach verhaltenem Beginn seit November 2020 die Nachfrage im gesamten Kreis deutlich an. Vorausplanungen laufen schon, denn der Ausbau eines ganzen Landkreises ist eine logistische und zeitliche Herausforderung. Tiefbaukapazitäten sind dabei aber kein Problem, da sich die BBV bereits vorvertraglich zahlreiche regionale und überregionale Tiefbauer gesichert hat.

Der Ausbau soll zeitgleich im Süden und Norden des Kreises beginnen, sich in der Mitte treffen und in den kommenden zwei bis drei Jahren geografisch in die Breite gehen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Stadt Buchen mit ihren bereits vorhandenen Glasfaserinfrastrukturen zu.

Thomas Fuchs ist freier Journalist in Gummersbach.

Netzausbau visualisieren

Daniela Welling

Die Software Fibre3D des Fraunhofer-Instituts IGD unterstützt den Ausbau des Glasfasernetzes. Mitarbeiter der Telekom können damit die genaue Position der Netzverteilerkästen bestimmen, ausmessen und dem Genehmigungsverfahren als Fotomontage beifügen.

Um Deutschland mit schnellem Internet zu versorgen, treibt die Deutsche Telekom den Glasfaserausbau bundesweit voran. Zwei Millionen Haushalte sollen im Jahr 2021 via Glasfaser in den Genuss eines schnelleren Internets kommen. Grund für den bislang schleppenden Ausbau einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur sind die langen Planungs- und Genehmigungsphasen. Im Vorfeld stehen umfangreiche Beantragungen bei Ämtern und Kommunen mit mehreren Abstimmungsschleifen und Vor-Ort-Terminen an, in denen diskutiert wird, wie die bestmögliche Lage der Glasfasertrasse aussehen könnte. Um diese Prozesse zu beschleunigen und aufwendige Ortsbegehungen bald überflüssig zu machen, haben das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD und die Telekom das Visualisierungstool Fibre3D entwickelt. Damit soll die Planung der neuen Trassen künftig im virtuellen Raum stattfinden.

Gerade in der Infrastrukturplanung hat sich gezeigt, dass sich Planungs- und Genehmigungsprozesse mittels interaktiver Visualisierungstechniken deutlich effizienter durchführen lassen als mit den herkömmlichen Systemen.



Fibre3D vereinfacht Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Glasfaserausbau.

Die interaktive 3D-Anwendung Fibre3D bietet nicht nur eine dreidimensionale Kartenansicht, sondern erlaubt es den Planern auch, beliebige Ausbaugelände digital zu bearbeiten. Dafür kommen verschiedene intuitiv bedienbare Mess- und Editierwerkzeuge zum Einsatz, mit denen aufwendige Messungen vor Ort entfallen können.

Bereits jetzt setzt die Telekom auf automatisierte Verfahren. Eine automatische Objekterkennung schlägt Verteilerstandorte und Trassenverläufe vor, die von Planern nur noch verifiziert werden müssen. Dafür fahren Mobile-Mapping-Fahrzeuge mit Spezialkameras ganze Straßenzüge ab, um die Umgebung aufzunehmen und

daraus digitales Kartenmaterial zu erstellen. Dieses bildet die Basis für Fibre3D.

Aufgrund der großen Datenmenge – pro Tag kommen rund 500 Gigabyte an Daten zusammen – wurden die Aufnahmen jedoch bislang lediglich für eine zweidimensionale Darstellung herangezogen. Wichtige Raumkoordinaten wie die Abstände von Objekten zueinander konnten so nicht dargestellt werden. Viele relevante und auch prinzipiell zur Verfügung stehende Daten blieben ungenutzt. Auftrag des Fraunhofer IGD war die Entwicklung eines Tools, das diese Unmengen an Daten zusammenführt und gleichzeitig für die Planer einfach und intuitiv nutzbar macht. Die auf den Mobile-

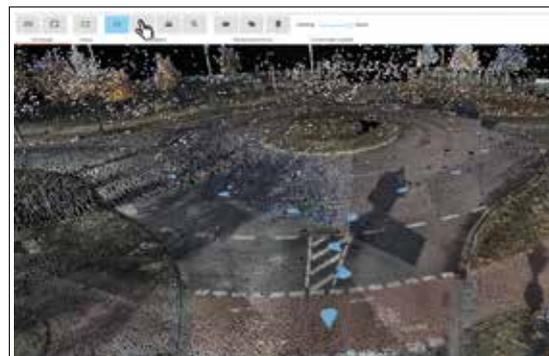
Mapping-Fahrzeugen zusätzlich montierten Laserscanner erfassen die Umgebung in Form von Punktwolken, was ein genaues Messen von Abständen ermöglicht und die Basis für die 3D-Darstellung liefert. Der Blick auf eine zweidimensionale Abbildung, ähnlich einer Straßenkarte, wird von einer 3D-Darstellung gesamter Straßenzüge abgelöst. Um der enormen Datenmenge Herr zu werden, wird die Rechenkapazität der Open Telekom Cloud genutzt. Der Clou: Die Datenmengen werden soweit es geht verkleinert und pro Ansicht nur die für die dreidimensionale Darstellung wichtigen Informationen herausgefiltert. So kann Fibre3D eine in Echtzeit aufbereitete 3D-Visualisierung im Web gewährleisten. „Mit unserem webbasierten Viewer Fibre3D sehen die Planer die autogenerierte Trasse dreidimensional vor sich“, erläutert Pascal Bormann, Wissenschaftler am Fraunhofer IGD. „Dabei stellt das Tool neben Raumkoordinaten auch umgebungsrelevante Informationen dar, wie Bürgersteige, Gebäude und Straßenlampen. Es generiert also nicht nur eine verbesserte Ansicht, sondern liefert deutlich mehr Aussagen als das bisherige Programm.“

Die Positionierung der Netzverteilerkästen ist einer der Hauptgründe, warum vor Beantragung einer Glasfasertrasse zeitaufwendige Vor-Ort-Termine nötig waren. Bei der Standortwahl für die Kästen, welche die einzelnen Glasfaserleitungen von der Haupttrasse an die Haushalte verteilen, müssen diverse Faktoren berücksichtigt werden, beispielsweise die vorgeschriebene Restgehwegbreite. Bisher wurden diese in der Planungsphase grob auf der 2D-Straßenkarte positioniert, ohne die Gegebenheiten vor Ort zu

berücksichtigen. Erst durch eine Ortsbegehung wurde sichergestellt, dass sie nicht an unsinnigen Stellen installiert werden, wie vor Fenstern oder Hauseingängen.

In Fibre3D wird ein transparentes 3D-Modell des Netzverteilers in die Panoramabilder eingeblen-det und kann beliebig verschoben werden. Messfunktionen und maßstabsgetreue Projektionen ermöglichen auch bei technisch anspruchsvollen Lokationen eine zügige Prüfung. Ist die digitale Planung abgeschlossen, können direkt aus dem Tool heraus anschauliche Fotomontagen für die Antragsunterlagen zur Standortsicherung mit einem Vorher-Nachher-Vergleich der Straßensituation generiert werden.

Eine erste Version von Fibre3D kam bei der Telekom bereits in vier Planungseinheiten zum Einsatz. „In einem Fall konnte ein Kollege an einem einzigen Tag 27 Standorte vorbereiten und direkt zur Genehmigung an die Kommune senden – und das alles digital“, berichtet Marius Kraus, Product Owner Fibre3D bei der Deutschen Telekom Technik GmbH. Mit einzelnen Vor-Ort-Terminen, Fotoaufnahmen und der Antragstellung im Nachgang wäre das nicht zu schaffen gewesen. „Im klassischen Prozess verbringen unsere Mitarbeiter viel Zeit auf der Straße. Auch eine Nachbearbeitung der Standorte, wenn eine Kommune Änderungswünsche hat, geht nun viel schneller.“ Nicht nur die Planer, auch die zuständigen Behörden können sich das Vorgehen durch diese Visualisierung besser vorstellen. Das führt zu weniger Nachfragen,



Laserscanner erfassen Daten für 3D-Darstellung.

einer zügigen Genehmigung und letztendlich zu einem schnelleren Glasfaserausbau in Deutschland.

Aus den ersten Praxistests ergeben sich sukzessive weitere Anforderungen an das Tool. So wurden inzwischen standardmäßig verschiedene Größen der Netzverteilerkästen als Auswahlmöglichkeit in die 3D-Ansicht integriert. „Das Feedback der Planer ist ungemein wertvoll und wir beziehen es ständig in unsere Weiterentwicklung und Fehlersuche ein“, erklärt Pascal Bormann. „Wir stehen derzeit vor der technischen Herausforderung, dass immer größere Gebiete mit Glasfaser erschlossen werden sollen und damit auch die zu verarbeitende Datenmenge umfangreicher wird.“ Künftig sind weitere Anwendungsfälle im Rahmen der Glasfaserplanung mit Fibre3D vorstellbar. Derzeit arbeiten die Entwickler am Fraunhofer IGD an der Visualisierung der Tiefbau-trassen, sodass den Planern dann nicht nur die Position der Netzverteilerkästen zur Verfügung steht, sondern auch der Verlauf der Kabel angezeigt wird.

Daniela Welling ist Leiterin Unternehmenskommunikation am Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / Geodaten-Management 50
- E-Procurement / CMS | Portale / Finanzwesen 51
- Schul-IT / Spezial-Software 52
- Dokumenten-Management / E-Formulare 53
- Personalwesen / Inventarisierung / RIS | Sitzungsmanagement / E-Partizipation / IT-Security / IT-Infrastruktur 54
- Breitband / Consulting 55
- Komplettlösungen 55-57

Anzeige

D-0	 <p>Govii Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de</p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p>TSA Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de</p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemangement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p>brain-SCC PORTALLÖSUNGEN</p>	<p>brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de</p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-4	 <p>ITEBO Unternehmensgruppe</p>	<p>ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de</p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7	 <p>cit</p>	<p>cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de</p>	<p>cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7	 <p>Form Solutions</p>	<p>Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de</p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8	 <p>GIRO SOLUTION</p>	<p>GiroSolution GmbH Hauptstraße 27 D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@girosolution.de Internet: www.girosolution.de</p>	<p>GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomangement.</p>
D-4	 <p>GIS CONSULT www.gis-consult.de</p>	<p>GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	<p>GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.</p>
D-4	 <p>con terra</p>	<p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	<p>con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.</p>

E-Government

Geodaten-Management

D-1	 E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	CMS Portale
D-2	 DAS KOMMUNALE CMS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 60972-0 Fax: +49 (0) 451 / 60972-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.	
D-2	 ProCampaign®	ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürgerkommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.	Finanzwesen
D-4	 sitepark	Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.	
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.	
D-0	 saxess AG	Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassstraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Beteiligungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Beteiligungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Beteiligungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	
D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: www.xsuite.com Internet: info@xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-4	 KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.	

D-2		Cloud I X c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0)421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0)551 / 52208-0 Fax: +49 (0)551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0)208 / 46959-60 Fax: +49 (0)208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0)2402 / 38941-0 Fax: +49 (0)2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.
D-3		AKDN-sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister Technologiepark 11, D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0)5251 / 132-2241 Fax: +49 (0)5251 / 132-27241 E-Mail: info@akdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0)531 / 23533-0 Fax: +49 (0)531 / 23533-49 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0)7056 / 9295-0 Fax: +49 (0)7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0)89 / 51506-4 Fax: +49 (0)89 / 51506-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0)361 / 5661222 Fax: +49 (0)361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-0	 WINYARD SUITE	LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisions sicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS A KYOCERA GROUP COMPANY	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 MATERNA Information & Communications	Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwk-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 codia Ein Unternehmen der d.velop AG	codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98 -0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.
D-7	 regisafe	comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 Questys	GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.
D-9	 PDV	PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.
D-7	 DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.	DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Am Wallgraben 115 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de	Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.

D-2		rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Head of sales & marketing Süderstraße 75-79, D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: sales@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	Von der zentralen oder dezentralen Vorlagenerstellung über die Sitzungsplanung bis zur Protokoll- und Beschlusserstellung: More! Rubin ist ein Management- und Organisationswerkzeug für alle Aufgaben rund um den Sitzungsdienst. Sitzungsgeldabrechnung, die browserbasierten Infosysteme und verschiedene Schnittstellen runden das Verfahren ab.	
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation
D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte (teils mit BSI Zulassung) u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

Breitband • Consulting • Komplettlösungen

D-1	 DNSNET Anschluss Zukunft.	DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2	 Consultix	Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-0	 LECOS	Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0	 procilon GROUP	procilon IT-Logistics GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeith Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCi, EGVF, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	
D-1	 Telecomputer	Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	
D-2	 MACH Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	
D-2	 KDO IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!	
D-3	 GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.	
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.	
D-3	 krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.	

D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188 - 0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten unterstützt als führender Anbieter Kommunen mit praxisnahen Software- und Beratungslösungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bauen und Ordnung und liefert Kennzahlen und Daten zur optimalen Verwaltungssteuerung. Neben modernen Technologien setzt das Unternehmen auf fundierte Kenntnisse aus der Verwaltungspraxis.
D-5		Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Straße 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 26 35 / 92 24-0 Fax: +49 (0) 26 35 / 92 24-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	TopCash 2: bar + bargeldlos kassieren, Gebührenkasse + EC-Terminals, Techn. Sicherheitseinrichtung. Für Zahlstellen der Verwaltung + deren Einrichtungen. GEVE 4 – Gewereregister & Erlaubniswesen für Stadt, Gemeinde, VWG; OZG, Datenaustausch und eAkte. GEVE 4-regional – Gewerbe- und Erlaubnisverwaltung für Kreise.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3 D-58675 Hemer Telefon: +49 (0) 2372 / 5520-0 Fax: +49 (0) 2372 / 5520-279 Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 4700 Fax: +49 (0) 23 03 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 8 7004-0 Fax: +49 (0) 681 / 8 7004-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Team Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige



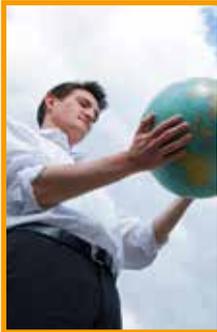
Jetzt die Zusatzvorteile sichern: Jede Ausgabe von Kommune21 als PDF in Ihrem Intranet!

Umfassend informiert: Heft + PDF im Abo.

kommune21.de/abo

Vorschau

Die nächste Ausgabe (3/2021) erscheint am 26.02.2021



Einer für Alle

OZG-Leistungen sollen nach dem Einer-für-Alle-Modell entwickelt und bereitgestellt werden. Wie es sich mit der Nachnutzbarkeit einmal entwickelter Fachdienste in der Praxis verhält, beleuchtet ein aktuelles Whitepaper der AKDB.



Im Büro zuhause

Bei der Videokonferenz ist die Kamera falsch eingestellt, der Ton rauscht und dann klingelt auch noch der Postbote – Homeoffice hat nicht nur Vorteile. Wie man zu Hause produktiv arbeitet, darum geht es im Titelthema.



Cloud und Klimaschutz

Cloud-Rechenzentren verbrauchen zwar viel Strom – allerdings weniger, als wenn jede öffentliche Organisation ihre Rechenleistung selbst mit einem eigenen Rechenzentrum bereitstellen würde. Und: Mit regenerativ erzeugtem Strom lassen sich Rechenzentren klimafreundlich betreiben.



Dritte Staffel für Smart Cities

Die Modellprojekte Smart Cities starten in die dritte Runde. Bis Mitte März können sich Kommunen mit ihren Digitalisierungsideen für das Fördervorhaben des Bundesinnenministeriums bewerben. Rund 300 Millionen Euro stehen für die dritte Staffel zur Verfügung.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	hallobtf!	59
AKDB	60	Haufe-Lexware	Beihemer
CC e-gov	3	K21 media	31, 57
Deutsche Glasfaser Holding	45	Kommunix	33, 35
DNS:NET Internet Service	41	Nolis	59
DSV Service	23	Optimal Systems	11
ekom21	2	Branchenindex IT-Guide	50 - 57
Form-Solutions	17		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media AG
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schöming (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 2787
E-Mail: s.ott@k21media.de

Ab dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: PEAK Agentur für Kommunikation GmbH, Tübingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

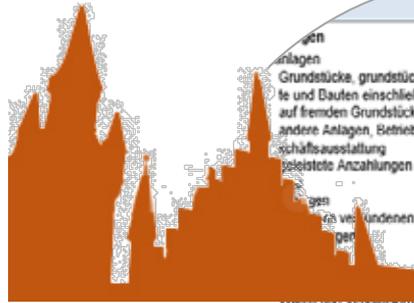
© Copyright 2021 K21 media AG. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

123rf.com/foottoo (38), 123rf.com/Gennady Kireev (34), 123rf.com/scanrail (16), Axians Infoma (14), badenova AG (10), bizvector/adobe.stock.com (Titel, 4), Breitbandversorgung Deutschland (BBV) (47), CC e-gov GmbH (24), creativ collection Verlag (58), Dataport (28), Deutsche Telekom AG/Fraunhofer IGD (48), Elnur/stock.adobe.com (33), Fraunhofer IOSB (27), Fraunhofer IGD/Tine Casper (26), Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe (18), Lexmark Deutschland GmbH (30), MACH AG (35), MEV Verlag (58), M-net (35), nadzeya26/adobe.stock.com (8), PEAK Agentur für Kommunikation (3), PDV GmbH (24), WEMAG/Rudolph Kramer (42), Samtgemeinde Neuenhaus (20), Senatskanzlei/Daniel Reinhardt (7), Simon/stock.adobe.com (37), Stadt Mettmann (23).

Beteiligungsbericht 2019

Stadt Reportingen



	2019	2018	2017
Ergebnis	26.049.547	30.299.224	31.722.000
Ergebnis aus Ertragsteuern	17.504.068	17.317.624	17.139.071
Ergebnis aus Ertragsteuern	17.417.330	17.139.071	17.139.071
Ergebnis aus Ertragsteuern	34.375	33.366	134.000
Ergebnis aus Ertragsteuern	52.363	145.187	428.000
Ergebnis aus Ertragsteuern	8.545.479	12.981.675	14.681.675
Ergebnis aus Ertragsteuern	1.227.510	4.663.706	4.663.706
Ergebnis aus Ertragsteuern	7.317.969	8.317.969	10.017.969
Ergebnis aus Ertragsteuern	2.066.146	2.632.463	6.406.712
Ergebnis aus Ertragsteuern	59.568	0	5.562.772
Ergebnis aus Ertragsteuern	0	0	5.562.772
Ergebnis aus Ertragsteuern	59.568	0	0
Ergebnis aus Ertragsteuern	1.991.042	2.519.079	837.540
Ergebnis aus Ertragsteuern	10.675	10.964	7.200
Ergebnis aus Ertragsteuern	996.702	1.616.431	1.616.431
Ergebnis aus Ertragsteuern	984.466	891.684	891.684
Ergebnis aus Ertragsteuern	14.734	13.384	13.384
Ergebnis aus Ertragsteuern	275	275	275
Ergebnis aus Ertragsteuern	28.115.967	28.115.967	28.115.967

1.2 Stadtentwicklungsgesellschaft Reportingen GmbH

A. Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

Johannes-Gutenberg-Straße 10
90999 Reportingen

Telefon: +49 (0)9999 9999 0
Fax: +49 (0)9999 9999 10
E-Mail: info@seg-reportingen.de

Stammkapital in €	Anteile in %
2.000.000	100,00
100.000	100,00
1.500.000	40,00
19.173	12,50

B. Gegenstand und Leistungen des Unternehmens

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Planung von Vorhaben, die im wirtschaftspolitischen Interesse der Stadt Reportingen liegen. Die Gesellschaft handelt nach wirtschaftlichen Grundsätzen und im Auftrag der Stadt. Zu diesem Zweck kann die Gesellschaft Grundbesitz erwerben und veräußern, Erschließungs- und sonstige Infrastrukturmaßnahmen durchführen. Sie ist berechtigt, wirtschaftliche Wirtschaftsförderung, der Förderung der Kultur und der allgemeinen Lebensqualität in der Stadt Reportingen überträgt. Die Stadt kann hierzu gesonderte Verträge mit der Gesellschaft schließen, Betrauungsverträge erlassen oder sonstige Vereinbarungen mit der Gesellschaft treffen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck dienen.

Herr Gschwind ist Beteiligungsmanager der Stadt Reportingen. Seinen jährlichen Beteiligungsbericht hat der Doppik al dente!-Berater nach Maß für ihn entwickelt.

Jetzt ist alles einfach: Zahlen und Daten einbringen – Knopf drücken – fertig. Finanzzahlen, Leistungsdaten, Gremien-Besetzung, Beteiligungsverhältnisse, Vorjahres-Ausweis, Kennzahlen, Texte, Grafiken. Alles in einheitlichem, ansprechendem Layout.



»Also, ich sehe, dass jeder
jedem hilft.«

Einer
für
Alle

Und was sehen Sie? Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, die bei der OZG-Umsetzung Kräfte bündeln, sind stärker.

Der neue Einer-für-Alle-Ansatz der AKDB

Eine OZG-Umsetzung bis 2022? Das geht! Wenn jeder jedem hilft. Durch nachnutzbare Online-Dienste nach dem Einer-für-Alle/Viele-Prinzip: Wir entwickeln nur mit Open-Source und nutzen modernste Containertechnologie. Das macht unsere Online-Dienste frei gestalt- und in jede Website integrierbar. Das Beste: Sie werden nach dem EfA-Prinzip vom Bund gefördert. Und stärken die digitale Souveränität Ihrer IT.

*Möglichkeiten
überall*



Neugierig? Mehr Infos erhalten Sie im
Whitepaper „Nachnutzbarkeit von
OZG-Diensten“ auf akdb.de/efa

AKDB